

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:

Karl Honay

Wien, Dienstag, den 1. September 1925

Krankenpflegeschule im Krankhause der Stadt Wien. Am 1. Oktober 1925 beginnt an der Krankenpflegeschule des Krankenhauses der Stadt Wien in Lainz ein dreijähriger Jahrgang zur Heranbildung diplomierter Krankenpflegerinnen. Bewerberinnen um Aufnahme in diesen Jahrgang, der auch mit einem Internat verbunden ist, müssen die österreichische Bundesbürgerschaft besitzen, das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben und mindestens den erfolgreichen Besuch einer dreiklassigen Bürgerschule nachweisen können. Gesuche sind mit einem Einschillingstempel zu versehen und an die Direktion des Krankenhauses der Stadt Wien, XIII/9, Wolkersbergenstraße Nr. 1, zu richten, von wo auch gegen Einsendung eines frankierten Rückkuverts schriftlich die genauen Aufnahmebedingungen bekanntgegeben werden.

Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien. An der Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien, VI., Brückengasse 3, Telephon-Nr.: 74-19, beginnen am 14. September folgende Schulen: Hauswirtschaftsschule für 14 - 16jährige Mädchen, Haushaltungsschule für Mädchen über 16 Jahren, Fachschule für Großküchenbetrieb für Mädchen über 16 Jahren. Prospekte sind beim Schulwart erhältlich.

Jubilare der Ehe. Stadtrat Speiser überreichte in Vertretung des Bürgermeisters in dieser Woche den Ehepaaren: Johann und Anna Barian, VII., Neustiftgasse 27, Franz und Cäcilie Nickmann, XIV., Neubergengasse 10, und Isaak und Julie Pollak, XI., Bäuerlegasse 24, die Ehrengabe der Stadt Wien zur goldenen Hochzeit.

Wien, Mittwoch, den 2. September 1925

Eine Kleingartenausstellung in Floridsdorf-Kagran. Samstag, den 5. September, wird amtsführende Stadtrat Weber die in der Obstbaumschule der Kleingartenstelle der Stadt Wien, XXI., Kagran, veranstaltete Kleingarten-, Kleintier- und Siedlungsausstellung Wien-Nord um 1/2 3 Uhr nachmittags eröffnen. Die Zufahrt zur Obstbaumschule erfolgt mit der Linie 25 vom Praterstern durch die Wagramerstraße bis zur Haltestelle Straßenbahnhof Kagran. Diese Ausstellung wird eine großzügige Schau kleingärtnerischen Schaffens und siedlungsmaßigen Bauens darstellen. Inmitten des weiten Gebietes an und jenseits der Donau ist sie entstanden; auf dem ausgedehnten Gelände der Obstbaumschule Kagran wird in dem weiträumigen ehemaligen Palmenhaus der Teil eingerichtet sein, der das geschlossenen Raumes bedarf. Hier wird eine großangelegte Blumenschau zu sehen sein, Zehntausende von Blüten füllen den lichtdurchfluteten hohen Saal. Diese Blüten werden Zeugnis von der Blumenschönheit geben, die unsere Kleingarten allmählich durchdringt. In diesen festlichen Rahmen wird die Eröffnungsfeier abgehalten werden.

Eine breite Treppe führt uns ins Obergeschoß; Tierstimmen verraten von weitem, daß dort die Kleintiere ausgestellt sind. Mehr als 220 Käfige reinrassiger Fell- und Fleischkaninchen, Hühner, Tauben, Enten, Gänse, Truthühner u.a. erfreuen dort den Tierfreund. Der kleinere Nebenraum enthält die ausgedehnten Siedlungen des Bezirkes Floridsdorf in Plänen, Photographien, Zeichnungen, Modellen und der gesamten Statistik. Die Freihofsiedlung allein wird eine Stadt für sich werden, aber kein ödes ragendes Häusermeer, sondern eine breit hingelagerte, weiträumige Gartenstadt voll Grün und Blumen. Auch die Bienenzucht, der Pflanzenschutz, Geräte und Möbel werden in dieser Gruppe zu finden sein.

Im Erdgeschoß befindet sich die Obstschau, die sich ebenfalls stattlich aufmacht, obwohl die Entwicklung des Obstbaues in Kleingärten und Siedlungen noch im Anfangsstadium steht. Im Freien fällt besonders die Dahlienschau auf. Die Dahlien (Georginen) sind jetzt beim Blumenfreund fast mehr geachtet als die Rose. Diese aber belebt gegenüber in breiten Bändern ein langgestrecktes Rasenstück.

Jenseits des Platzes vor dem Gebäude liegt ein 200 m² großer Musterkleingarten, der planmäßig mit allen Errungenschaften moderner Kleingartenkultur ausgestattet ist. Ihm gegenüber zieht sich die Gemüseausstellung hin, die ein Beweis für die wirtschaftliche Bedeutung des Kleingartenwesens erbringt.

Die Ausstellung wird durch ein werkgerechtes Alpinum, eine Gaststätte und eine Milchausschank vervollständigt werden. Auch die ausstellenden Firmen sind daran entsprechend beteiligt.

Die letzte große Ausstellung wurde vor 2 Jahren auf dem Platz vor dem Rathaus veranstaltet und dürfte noch in allgemeiner Erinnerung sein. Es war ein glücklicher Gedanke, die neue Ausstellung, die einen größeren Umfang als die früheren hat, aus dem Stadtinnern in den aufblühenden Teil im Osten Wiens zu verlegen.

Der Gesundheitszustand Wiens im Juli. In der letzten Sitzung der städtischen Amts- und Anstaltsärzte wurde auch der übliche Bericht über die Gesundheitsverhältnisse der Stadt Wien im Monate Juli 1925 erstattet. Der Krankenstand war in diesem Monate gegen den Vormonat gesunken, jedoch etwas höher als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Die Zahl der Infektionskrankheiten ist gegen den Vormonat infolge des Rückganges der Diphtherie und Varizellenerkrankungen gesunken. Die Sterblichkeit ist etwas geringer, es starben 1834 Personen gegen 1821 im Vormonate. Die größte Zahl der Todesfälle entfiel auf Krankheiten der Kreislauforgane. Im Berichtsmonte wurden 28 gerichtliche und 63 sanitäts-polizeiliche Obduktionen vorgenommen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:

Karl H o n a y

Wien, Donnerstag, den 3. September 1925. Zweite Ausgabe.

Ankunft des Stadtrates Kokrda in Wien. Heute abends traf der verunglückte Stadtrat Kokrda aus Lambach in Begleitung des behandelnden Arztes ^{Dr. Attwenger} mit dem fahrplanmässigen D-Zuge um 18 Uhr 10 Minuten in Wien ein. Zur Begrüssung hatten sich im Kopfgebäude des Westbahnhofes eingefunden: die engste Familie mit Frau und Tochter, Vize-Bürgermeister Emmerling, die antsführenden Stadträte Breitner, Richter, Siegel, Prof. Dr. Tandler und Weber, Präsident Dr. Danneberg, Magistrats-Direktor Dr. Hartl und Hofrat Direktor Dr. Baumgartner. Ausserdem hatten sich die Vorstände der verschiedenen Abteilungen des Veterinärantes und des Marktantes sowie mehrere leitende Beamte eingefunden. Der Patient fühlte sich trotz der mehrstündigen Bahnfahrt sehr wohl und zeigt frisches Aussehen. Mit einem Sanitätsautomobil wurde er hierauf in das Krankenhaus der Stadt Wien nach Lainz überführt.

Herausgeber u. verantw. Redakteur:

Karl H o n a y

Wien, Donnerstag, den 3. September 1925

Erweiterung des Hartäckerparkes in Döbling. Der Gemeinderatsausschuß für technische Angelegenheiten hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, den im vorigen Jahre angelegten Hartäckerpark in Döbling zu erweitern. Der in der Richtung des Meridians der Universitätssternwarte an dem Steilabhänge der Hartäckerstraße zur Krottenbachstraße vorgesehene trapezförmige Platz war schon seinerzeit für einen Gartenstreifen in Aussicht genommen. Die Grundstücke auf dieser Platzfläche waren Privatbesitz und schon vor dem Kriege wurden Verhandlungen mit den Besitzern eingeleitet, die schließlich zu einer Parzellierung dieser Grundflächen führten. Später schloß die Gemeinde Wien mit einer Privatfirma ein Uebereinkommen, wodurch der Betrieb einer Sand- und Schottergrube eingerichtet wurde. Nunmehr ist dieser Zeitraum abgelaufen, die Gemeinde Wien hat den Platzgrund in ihr Eigentum übernommen und im Winter 1924 den größeren Teil davon als öffentliche Gartenanlage ausgestaltet. Durch Kauf erwarb die Gemeinde die an den Platz östlich und westlich anschließenden Baugründe und ist nunmehr alleiniger Besitzer davon. An eine selbständige Verbauung dieser Grundstückstreifen, die sehr bedeutende Niveauunterschiede aufweisen, ist nicht zu denken, vielmehr sollen die ursprünglich für die Schottergewinnung verwendeten Grundflächen nunmehr zu einer Erweiterung des Parkes herangezogen werden. Der Hartäckerpark wird dadurch eine Vergrößerung von rund 18.000 m² gegenüber seinem ursprünglichen Ausmaß von 26.000 m² erfahren. Durch die vorgesehene Erweiterung wird auch der am Aussichtsplatze auf der ehemaligen Stephaniehöhe vorhandene Baubestand zur Gänze in die öffentliche Gartenanlage einbezogen werden können.

Warnung vor einem falschen Exekutionsorgan. Nach einer Mitteilung des magistratischen Bezirksamtes Hernals kam am 26. August Frau A. Kerl, Gattin des Inhabers der Firma K. Kerl & Co., XVII., Beheimgasse 35, in die Exekutionsdienstabteilung und zeigte an, daß am 25. August gegen 6 Uhr abends, während vom Hilfspersonal nur mehr eine Frau in den Geschäftsräumen anwesend war, im Büro der Firma ein junger, schlanker, blonder Mann erschienen ist, der sich als Exekutionsorgan ausgab. Er verlangte die Bezahlung von 6 Schilling an Exekutionsgebühren, widrigenfalls am nächsten Tage die Feilbietung erfolgen würde. Die Bezahlung wurde ihm verweigert, worauf er sich entfernte. Auch bei anderen Parteien sollen und zwar immer in den Abendstunden derartige Exekutionsgebühreneinhebungen versucht worden sein. Der Magistrat macht darauf aufmerksam, daß sich Exekutionsorgane durch entsprechende Legitimationen ausweisen und Personen, die nicht ihre Legitimationen vorlegen können, als Schwindler anzusehen und dem nächsten Sicherheitswachmann anzuzeigen sind.

Eröffnung der Wientallinie der Wr. elektrischen Stadtbahn. Montag, den 7. September wird der Betrieb auf der Stadtbahnlinie zwischen Hietzing und Hauptzollamt aufgenommen. Diese Linie führt die Bezeichnung „W“ zum Unterschied von der Linie „WG“, die zwischen Hütteldorf und Heiligenstadt verkehrt. Der erste Zug der Linie W geht von Hütteldorf ab um 4 Uhr 57 Minuten, vom Hauptzollamt ab in der Gegenrichtung um 5 Uhr 32; der letzte Zug ab Hietzing um 23 Uhr 12 und ab Hauptzollamt um 23 Uhr 38.

Der Betrieb auf der Linie W (Hietzing - Hauptzollamt) wird mit aus fünf Wagen bestehenden Zügen abgewickelt werden. Die Linie ist 7'3 km lang. Die Fahrzeit beträgt zwischen Hauptzollamt und Hietzing 18 Minuten, ist mithin um 3 Minuten geringer als seinerzeit bei der mit Dampf betriebenen Stadtbahn.

Um den Fahrgästen das Umsteigen von der Straßenbahn zur Stadtbahn möglichst bequem zu gestalten, werden bei den Stadtbahnstationen Margarstengürtel und Karlsplatz Straßenbahnhaltestellen errichtet.

In der Stadtbahnstation Meidling-Hauptstraße ist der gegen die Schönbrunnerstraße zu gelegene Bahnsteig gesperrt, sodaß die Fahrgäste in dieser Haltestelle bei der Fahrt in der Richtung nach Hütteldorf auf dem rechtsseitigen Mittelperron ein- und aussteigen müssen.

Die Züge verkehren von diesem Tage an sowohl auf der Linie W als auch auf der Linie WG tagsüber in Zeitabständen von 6 Minuten.

Die derzeit für die in Betrieb stehenden Teile der Stadtbahn geltenden Tarifbestimmungen finden unverändert Anwendung auf die neu eröffnete Teilstrecke der Wientallinie.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:

Karl H o n a y

Wien, Freitag, den 4. September 1925

Vorsicht bei Schwämmen! In letzter Zeit erschienen in den Tagesblättern Notizen über mehrere Fälle von Schwämmevergiftungen. Die Marktamtsdirektion macht neuerlich eindringlich darauf aufmerksam, von „Wildgehern“ oder Hausierern gekaufte oder auch selbst gesammelte Schwämme vor dem Genusse stets in der Marktamtsabteilung des zuständigen Wohnbezirkes auf die Genußfähigkeit kostenlos untersuchen zu lassen. Bezirksgeschäfte, die Schwämme nicht auf offenen Märkten einkaufen, sondern sie auch von Waldgehern u.s.w. beziehen, sollten die gleiche Vorsicht üben. Genossenschaften, zu deren Verbände Lebensmittelhändler zählen, sollten auch im Wege ihrer genossenschaftlichen Fachzeitung im gleichen Sinne auf ihre Mitglieder aufklärend einwirken.

Das Gefahrenmoment einer Erkrankung liegt nicht allein im Genusse eines verdächtigen oder giftigen Pilzes; auch die genußfähigen Pilze müssen schon wegen ihres leichten und raschen Verderbens stets im frischen und einwandfreien Zustande genossen werden. Die meisten Erkrankungen sind darauf zurückzuführen, daß dies nicht beachtet wird.

Auf den Märkten erfolgt die Prüfung der Schwämme auf ihre Genußfähigkeit stets genauestens durch die diensthabenden Marktamtsbeamten, die ausschließlich nur Schwämme der derzeit marktfähigen achtzehn Arten zum Verkaufe zulassen. Die in Wien zum Verkaufe zugelassenen Pilze wurden unter besonderer Vorsicht und in Bedachtnahme auf eine Verwechslung, die Güte und die Haltbarkeit von acht auf nur achtzehn marktfähige im laufenden Jahre erhöht. In anderen Städten dagegen ist der Verkauf einer weit größeren Anzahl von Pilzen gestattet.

Die städtischen Marktamtsorgane haben nicht nur durch ihre abgelegten Prüfungen eine genaue Kenntnis der marktfähigen Pilze bewiesen, sondern es finden auch sonst noch alljährlich über amtlichen Auftrag Wiederholungskurse statt. Zuletzt wurde im Juni 1925 ein solcher Kurs von dem bekannten Fachmanne Professor Dr. Lohwag abgehalten, dem in diesem Monate ein zweiter praktischer Kurs mit lebendigen Material folgen wird.

Schließung einiger städtischer Sommerbäder. Sonntag, den 6. September, werden die städtischen Sommerbäder mit Ausnahme der Bäder: „Gänsehäufel“, „Alte Donau“, „Aspernbrücke“, „Krapfenwaldl“ und „Hütteldorf“ gesperrt. Die genannten fünf Bäder bleiben bis auf weiteres noch in Betrieb.

Der Fahrpreis am 8. September. Dienstag, den 8. September (Feiertag), gelten auf den städtischen Straßenbahnen die Frühfahrtscheine, Fürsorgefahrtscheine, Wochenkarten und Hin- und Rückfahrtscheine wie an einem Werktag, die beiden letzten Gattungen für die Rückfahrt schon von 11 Uhr vormittags an.

-----oOo-----

Herausgeber u. verantw. Redakteur:

Karl H o n a y

Wien, Samstag, den 5. September 1925

Fahrverbot auf dem Alsrücken und im Schönbrunnergraben. Die in der Verlängerung der Czartoryskigasse und der Herbeckstraße auf dem Schafberg von XVII. und XVIII. Bezirk heraufführenden Wege sowie der Verbindungsweg zwischen dem Gasthause „zur Himmelmutter“ und dem „Schafberghotel“ werden in letzter Zeit häufig mit Automobilen und anderen Fuhrwerken befahren, obwohl diese Wege zum größten Teil weder straßenmäßig ausgebaut noch breit genug zum Ausweichen angelegt und höchstens für den Verkehr von Wirtschaftsfahren geeignet sind.

Wie aus Beschwerden der Bezirksvertretung Hernals und aus Meldungen des Bezirkspolizeikommissariates zu entnehmen ist, werden hiernach die zahlreichen Fußgänger und Ausflügler schwer in ihrer Sicherheit gefährdet. Auch haben sich auf diesen Wege bereits wiederholt schwere Unfälle durch Absturz von Automobilen ereignet.

Der Magistrat sieht sich daher veranlaßt, ^{mit} einer Kundmachung das Befahren dieser Wege allgemein zu verbieten und nur den Verkehr von Wirtschaftsfuhrwerken zu gestatten. An entsprechenden Stellen werden Warnungstafeln aufgestellt werden. Das Befahren wird für Fuhrwerke aller Art verboten, ausgenommen davon sind bloß jene Wirtschaftsfuhrwerke, die auf dem Schafberge zu tun haben. Übertretungen dieser Verordnung werden mit Geldstrafen bis zu 200 Schilling oder mit Arrest bis zu 14 Tagen geahndet.

Zinsfußermäßigung und Erhöhung der Maximalkreditsumme im Kreditverein der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien. Der Ausschuß dieses Institutes hat über Antrag seines Vorsitzenden, Kommerzialrates Julius Müller, beschlossen, den Zinsfuß im Wechseleskompte und bei Krediten in laufender Rechnung vom 1. September 1925 an um ein Prozent, bei Krediten gegen grundbücherliche Sicherstellung, bei denen die Kreditsumme zuzüglich eventueller Vorposten mehr als die Hälfte des von der Anstalt erhobenen Schätzwertes beträgt, um ein halbes Prozent zu ermäßigen. Die Kreditkosten belaufen sich daher zuzüglich sämtlicher Provisionen bis auf weiteres auf 13 %, bzw. bei den Krediten gegen grundbücherliche Sicherstellung auf 13 ½ %. Der Zinsfuß für Guthaben wurde ebenfalls ab 1. September um 1 % herabgesetzt und beträgt daher derzeit 7 % jährlich.

Die Zinsfußpolitik des Kreditvereines zielt darauf ab, den Mitgliedern Kredite zu den denkbar billigsten Zinssätzen zu gewähren. Tatsächlich verfügt der Wiener Handels- und Gewerbeverband dank dem Kreditverein über Kredite zu wesentlich billigeren Bedingungen als die bestfundierte Industrie bei den Banken. Die Gesamtsumme der derzeit bewilligten Kredite beträgt 85 Milliarden Kronen. Um den Kreditbedürfnissen in noch ausgedehnterem Maße entsprechen zu können als dies bisher der Fall war, wurde gleichzeitig der Beschluß gefaßt, einer demnächst stattfindenden Vollversammlung der Mitglieder einen Antrag auf Erhöhung der Maximalkreditsumme von 150 auf 200 Millionen Kronen zu unterbreiten.

Errichtung einer Hauswirtschaftsschule auf der Landstraße. Der Vizebürgermeister hat die Genehmigung zur Errichtung einer Hauswirtschaftsschule im städtischen Schulgebäude III., Petrusgasse 10, als Expositur der städtischen Koch- und Haushaltungsschule VI., Brückengasse 3, erteilt.

Entfallende Sprechstunde. Montag, den 7. September, entfällt wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunde beim städtischen Finanzreferenten Stadtrat Breitner.

Keine Sitzungen im Rathause. Nächste Woche findet keine Sitzung des Stadtsenates und des Gemeinderates statt.

Herausgeber u. verantw. Redakteur:

Karl H o n a y

Wien, Samstag, den 5. September 1925. Zweite Ausgabe.

Eröffnung der Kleingarten-, Kleintier- und Siedelungsausstellung

Wien-Nord. Heute nachmittags wurde in feierlicher Weise die Kleingarten-, Kleintier- und Siedelungsausstellung Wien-Nord eröffnet. Zu der Eröffnungsfeier waren amführender Stadtrat Weber, der Vorsitzende des gemeinderätlichen Kleingarten-Unterausschusses Gemeinderat Hofbauer, Bezirksvorsteher Bretschneider, Regierungsrat Wieninger vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft und viele andere Festgäste erschienen. Der Zugang zu der Ausstellung, die in der Obstbaumschule der Stadt Wien in Kagran, Wagramerstraße, untergebracht ist, war mit Fahnen und Girlanden festlich geschmückt. Der Gesangsverein der Schrebergärtner Wiens leitete die Eröffnungsfeier mit dem Chor „Empor zum Licht“ ein.

Der Bezirksobmann der Kleingartenvereine von Floridsdorf Schwetz begrüßte die Festgäste und dankte insbesondere den Vertretern der Gemeinde Wien für die warmherzige Förderung, die die Gemeinde der Ausstellung zuteil werden ließ. Regierungsrat Wieninger beglückwünschte namens des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft die Aussteller zu dem großartigen Gelingen der Ausstellung. Er hob auch hervor, in welcher großzügigen Weise die Gemeinde die Kleingarten- und Siedelungsbestrebungen unterstützt und fördert. Das Wirken der Gemeinde auf diesem Gebiete wird im In- und Auslande als mustergiltig anerkannt. Er wünschte den Veranstaltern auch einen finanziellen Erfolg der Ausstellung. Bezirksvorsteher Bretschneider würdigte die ideelle Bedeutung solcher Ausstellungen, die Zeugnis ablegen von dem Geist der Zusammengehörigkeit, der Eingliederung und der Unterordnung der Kleingärtner und Siedler unter die Gesamtheit. Der Obmann des Verbandes der Siedelungs- und Kleingartenvereine Oesterreichs Stanislaus Schneider beglückwünschte die an der Ausstellung beteiligten Organisationen zu dem schönen Werk, das umso bedeutungsvoller ist, als sie zum großen Teil aus eigener Kraft der Kleingärtner und Siedler veranstaltet wird, in einem Bezirke, in dem auch die Arbeiterbewegung mit ihrem Ausgang genommen hat.

Dann eröffnete Stadtrat Weber die Ausstellung. Er führte dabei aus: Wenn wir die Entwicklung der Kleingartenbewegung zurück verfolgen, so finden wir, daß vor dem Krieg eigentlich von einer Kleingartenbewegung in Wien noch nicht gesprochen werden konnte. Vor dem Kriege gab es in ganz Wien nur rund 500 Kleingärtner, die nicht mehr als 10.000 Quadratmeter Bodenfläche zur Verfügung hatten. Gewiß haben der Krieg und die Nachkriegsjahre mit der fürchterlichen Nahrungsmittelnot die Entwicklung dann beschleunigt. Wie aber hätte das Kleingarten- und Siedelungswesen in Wien den ungeheuren Aufschwung nehmen können, wenn nicht die gegenwärtige Gemeindeverwaltung den Kleingärtnern und Siedlern das größte Interesse entgegengebracht hätte. Heute haben wir in Wien 32.000 Kleingärtner auf einer Gartenfläche von rund 9 Millionen Quadratmeter. Die Gemeinde hat im Jahre 1924 für die Kleingartenförderung mehr als 1 Milliarde Kronen in ihren Voranschlag eingesetzt. Auch heuer sind es wieder 840 Millionen Kronen. Sie hat auch zur Organisierung und

Förderung des Kleingarten- und Siedelungswesens ein eigenes Amt geschaffen. Die Gemeinde ist bestrebt, die Kleingärten einzugliedern in das schöne Stadtbild von Wien. Im wahrsten Sinne soll das Wort von der Blumenstadt Wien in die Tat umgesetzt werden. Man hat auch vor dem Krieg von der Blumenstadt Wien gesprochen, aber damals gab es Blumen und Gärten nur in den Stadtteilen, wo die Besitzenden ihr Heim hatten. Die Gemeinde will die Blumenstadt aber auch hinausrücken in die äußeren Bezirke, wo es bisher nur graue öde Zinskasernen gibt. Sie schafft schöne Bauten mit prächtigen Höfen und Gärten, die das Auge aller entzücken. Freilich ist dazu notwendig, daß manches Grundstück, das unmittelbar nach dem Kriege, als an eine Bautätigkeit noch nicht zu denken war, Kleingärtnern zur persönlichen Pflege überlassen wurde, nun wieder seinem ursprünglichen Zweck zurückgegeben wird. Daraus darf man natürlich nicht eine Feindseligkeit der Gemeinde gegen die Kleingartenbewegung folgern. Die Gemeinde unterstützt nach wie vor die gesamte Kleingarten- und Siedelungsbewegung, sie hilft mit, neue Siedelungen zu bauen, neue Gärten zu schaffen. Nur dort, wo das allgemeine Interesse vor das Interesse des Einzelnen tritt, muß der Boden, der jetzt einige Jahre hindurch Kleingartengrund war, wieder als Baugrund verwendet werden. Keineswegs aber darf die Kleingartenbewegung als eine absterbende Bewegung betrachtet werden. Sie wird sich weiter entwickeln. Davon zeugt wieder diese Ausstellung, die ich mit Stolz eröffne. (Lebhafter Beifall).

Die Feier wurde dann mit dem „Trotzlied“ der Schrebergartensänger beendet.

Die Festgäste besichtigten dann unter der Führung des Gartenarchitekten Berger, der das ganze Arrangement getroffen hat, und des Leiters der Ausstellungskanzlei Kirchwegger die Ausstellung. Die Ausstellung umfaßt mehrere Abteilungen: Eine herrliche farbenprächtige Blumenschau im ehemaligen Palmenhaus, eine Kleintierausstellung, ⁱⁿ der vor allem Kaninchen und Hühner in Prachtexemplaren zu sehen sind, eine Gemüse- und Obstschau, die beweist, daß insbesondere die Obstbaumsucht in Wien einen ungeheuren Aufschwung nimmt, einen Mustergarten und eine Ausstellung verschiedener für die Kleingärtner und Siedler in Betracht kommenden Firmen.

Die Ausstellung wird von den Kleingarten- und Siedelungsvereinen von Floridsdorf, Brigittenau und der Leopoldstadt mit Unterstützung der Gemeinde Wien veranstaltet. Sie ist von 5. bis 9. September von 8 Uhr früh bis zur Dunkelheit gegen einen Eintrittspreis von 40 Groschen für Erwachsene und 10 Groschen für Kinder geöffnet.

Der Leuchtbrunnen in Betrieb. Während der Messeweche wird der Leuchtbrunnen auf dem Schwarzenbergplatz bei günstigem Wetter jeden Abend von $\frac{1}{2}$ 8 bis $\frac{1}{2}$ 9 Uhr in Betrieb gesetzt.

---000---

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:

Karl H o n a y

Wien, Montag, den 7. September 1925

Die Kleingarten- und Siedlungsausstellung in Kagran. Die heutige Kleingarten- und Siedlungsausstellung, die in den geräumigen Hallen des städtischen Palmenhauses in Kagran untergebracht ist (XXI., Wagramerstraße, nächst dem Straßenbahnhof Kagran, Linie 25) wird Mittwoch, den 9. September, um 7 Uhr abends geschlossen. Die Ausstellung, die eine würdige Fortsetzung der bisher von der Gemeinde Wien im Rathaus durchgeführten früheren darstellt, wurde Sonntag von den Stadträten Breitner und Weber besichtigt. Der ungeheure Besuch in den beiden ersten Ausstellungstagen läßt auf das große Interesse der Bevölkerung Wiens für die Kleingarten- und Siedlungsbewegung schließen. Aber auch die Popularität solcher Veranstaltungen, die ein bereites Zeugnis für die gute Organisation, für ein solidarisches Zusammenwirken und für die Liebe zu einer kulturellen Sache ablegen, wird dadurch neuerlich bewiesen. Mögen noch viele die machtvolle Kundgebung der Siedler an der Donau besuchen. Der Eintrittspreis beträgt 40 g, für Kinder 10 g. Die Ausstellung ist in gedeckten Räumen untergebracht und bei jeder Witterung geöffnet.

Begrüßung von Imkern im Rathause. Heute vormittags wurden die Teilnehmer an der 63. Wanderversammlung der Bienenwirte deutscher Zunge und die Aussteller und auswärtigen Gäste der allgemeinen Bienenzuchtausstellung im großen Festsaale des Rathauses vom amtsführenden Stadtrat Richter in Vertretung des Bürgermeisters im Namen der Stadt Wien auf das herzlichste begrüßt. Stadtrat Richter führte unter anderem aus, daß es uns stets besonders freut, wenn wir deutsche Volksgenossen begrüßen können. Nicht weniger herzlich aber sind uns die Gäste aus dem weiteren Auslande willkommen. Wir sind uns darüber klar, daß neben der wirtschaftlichen Bedeutung der Bienenzucht auch noch eines besonders ins Gewicht fällt; nur wer ein Tierfreund ist, wird auch den Mitmenschen freundlich gegenüberstehen. Ihre Tätigkeit wirkt durchaus veredelnd und ist erzieherisch bedeutsam genug. Mögen Sie daraus, daß die Gemeinde Wien Ihnen einen Preis gewidmet hat, entnehmen, wie sehr Sie Ihre Tätigkeit schätzt. Wenn Sie nach Hause zurückkommen, zerstören Sie die falschen Gerüchte, die über diese Stadt im Umlauf sind und schildern Sie Ihre Eindrücke vom steten Wiederaufbau.

Unter den Gästen befanden sich Professor Dr. John Rennie (Schottland), I.Ph. Baldensperger (Nizza), Alexander Lundgreen (Stockholm), Ing. Viktor Kessler (Tschechoslowakei), Lap (Deutsches Reich), Direktor Gaal (Gödöllő in Ungarn) und viele andere. Für diese dankte Direktor Günther Rodler. Unter Führung des Oberrates Reuther und des Kustos Dr. Mück besichtigten die Teilnehmer das Rathaus und die Sammlungen.

-----oOo-----

RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber u. verantw. Redakteur:

Karl Honay

Wien, Montag, den 7. September 1925. Zweite Ausgabe.

Ehrenpreis der Stadt Wien für die Bienenzuchtausstellung. Die Gemeinde Wien hat für die im Rahmen der Wiener Messe stattfindende Bienenzuchtausstellung einen Ehrenpreis der Stadt Wien gestiftet. Er besteht aus einer im Altwiener Stile von der Erzgiesserei-, Bronze- und Metallwaren-Aktiengesellschaft hergestellten bronzenen Standuhr.

Fussballsport und Alkohol. Auf dem Rapidplatz in Hütteldorf spielten sich gestern nachmittags unliebsame Szenen ab. Sie haben ihre Ursache darin, dass der Magistrat, da der Eintritt auf den Platz künftighin nur durch Tourniquets gestattet sein wird, das Verlangen stellte, dass solche Personen, die während des Spieles den Platz verlassen, um ihn später wieder zu betreten, eine neue Karte lösen. Es liegt hiezu im allgemeinen auch gar keine Veranlassung vor. Auf dem Rapidplatz aber hat es sich eingebürgert, dass in der grossen Pause zwischen beiden Spielen das in der Nähe gelegene Hütteldorfer Brauhaus aufgesucht wird. Der aus Arbeitern bestehende Rapidklub gestattet die Ausschank von Alkohol auf dem Platze nicht. Gestern versuchten Personen, die den Sportplatz während des Spiels verlassen hatten, mit Gewalt wieder in den Platz einzudringen, was ihnen verboten wurde. Der Magistrat wird auf der Aufrechterhaltung dieser zu einer richtigen Kontrolle unbedingt notwendigen Massnahme beharren. Es ist wahrhaftig nicht zu viel verlangt, dass die Besucher der Fussballspiele wenigstens so viel Geduld aufbringen, mit dem Besuche der Wirtshäuser bis zur Beendigung des Spieles zu warten.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:

Karl H o n a y

Wien, Dienstag, den 8. September 1925

Stromstörung in den städtischen Elektrizitätswerken.

Aus noch nicht ganz geklärter Ursache haben sich heute früh in der Zeit von 6^h 30 bis 8^h 20 die Wasserkraftwerke Opponitz und Partenstein sowie das Kraftwerk Ebenfurth mehrgach automatisch vom Wiener Hochspannungsnetz getrennt. Da die Zentrale II in dieser Zeit aus ökonomischen Gründen keinen Dampftrieb führt und die im Betrieb befindliche Dampfzentrale I nicht in der Lage ist, die gesamte Belastung des Wiener Netzes sofort zu übernehmen, schalteten sich durch die eintretende Ueberlastung auch die in der Zentrale I im Betrieb befindlichen Generatoren automatisch ab. Dadurch wurde das ganze Wiener Hochspannungsnetz augenblicklich stromlos. Der Wiener Straßen- und Stadtbahnbetrieb war dadurch in der Zeit von 6 Uhr 30 bis 7 Uhr 30 in allen Bezirken und von 8^h 20 bis 8^h 40 in einigen Bezirken gestört. Nach Kuppelung des Wiener Netzes mit Opponitz, Partenstein und Ebenfurth konnte die Stromlieferung wieder aufgenommen werden.

Ebenso war das Industriehochspannungsnetz und das Gleichstromlichtnetz der Unterstation Sechshaus, ^{die} keine Akkumulatorenbatterien besitzt, in der gleichen Zeit gestört. Die Untersuchung zur vollständigen Klarstellung der Ursache der mehrfachen automatischen Abschaltung der Fernleitungen Opponitz, Partenstein und Ebenfurth ist noch im Zuge. Doch kann nach dem bisherigen Stande der Arbeiten der Durchschlag eines Spannungsdrehreglers im Umspannwerk Nord als wahrscheinliche Ursache bezeichnet werden.

Die Störung des städtischen Elektrizitätswerkes bewirkte leider auch einen Stillstand der Straßenbahn und der Stadtbahn. Dort wurden nach Aufnahme der Stromzufuhr zum Ausgleich der durch die Störung entstandenen unregelmäßigen Intervalle einzelne Züge der Wientallinie nicht fahrplannäßig in Hietzing umgekehrt, sondern durch diese Station nach Hütteldorf weitergeleitet.

Die Verkehrsstörungen machten sich insbesondere deshalb besonders unangenehm fühlbar, weil sie in die Zeit fielen, in der die Mehrzahl der Fahrgäste den Berufsstätten zustrebte.

-----000-----

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantwortl. Redakteur:
Karl H O N A Y

Wien, Mittwoch, den 9. September 1925.

.....
Der Betrieb des Krematoriums im August 1925. Von 1. bis 31. August 1925 wurden in der Feuerhalle der Stadt Wien an 21 Einäscherungstagen insgesamt 133 Leichen eingeäschert, davon waren 88 männlich und 45 weiblich. Nach dem Glaubensbekenntnis verteilten sich auf römisch katholisch 87, protestantisch 12 und mosaisch 12 sowie griechisch orientalisches 1 und konfessionslos 21. Ausserdem wurden auch 6 Kinderleichen eingeäschert.

Haltet die Strassen rein! In einer Reihe von Magistratskündmachungen waren die Bestimmungen, die die Verunreinigung von öffentlichen Verkehrsflächen und von allgemein zugänglichen, dem öffentlichen Verkehre dienenden Privatgrundstücken betreffen, bisher verstreut. Der Wiener Magistrat hat nunmehr eine neue Magistratskündmachung herausgegeben, die alle Bestimmungen zusammenfasst, und auch zum Teile den geänderten Verhältnissen angepasst worden ist. Aus dem Inhalt der Kundmachung sei besonders hervorgehoben: Das Wegwerfen von Papier, Zeitungsblättern, Ankündigungszetteln, Fahrscheinen, Papierabfällen und dergleichen, von Obst- und Speiseresten, Obstschalen und -Kernen, von Konservenbüchsen, Glasscherben u.ä. auf die öffentlichen Verkehrsflächen ist im verbauten und unverbauten Gebiete der Gemeinde Wien verboten. Das selbe Verbot gilt auch für allgemein zugängliche, dem öffentlichen Verkehre dienende Privatgrundstücke (Wiesen, Waldungen) innerhalb des Gemeindegebietes, wenn durch die weggeworfenen Gegenstände die Sicherheit von Menschen oder Tieren gefährdet oder eine sanitäre Gefährdung, Belästigung oder Verunreinigung herbeigeführt wird.

Die Verführung von Fourage hat mit Vermeidung jeder Strassenverunreinigung zu erfolgen. Die Verladung der Fourage ist womöglich im Innern der Häuser vorzunehmen. Bei Verladung auf der Strasse darf diese sowie der Gehsteig nicht mehr als unvermeidlich verunreinigt und es müssen die Verkehrsflächen stets unmittelbar nach Beendigung des Verladens gereinigt werden.

Der Transport, das Auf- und Abladen von Zement, Sägespänen oder anderen leicht verstaubenden Gegenständen ist nur in gut schliessenden Behältern, wie Kisten, Fässern oder Säcken, gestattet. Der Transport von leicht zerflatternden Gegenständen, wie insbesondere Papierabfällen, ist nur in Ballen und auf Plachen überdeckten Wagen gestattet.

Es ist untersagt, in die öffentlichen Abfallsammelkörbe andere Abfälle als Papier und Obstrückstände zu hinterlegen; Hauskehricht, Küchen- und Metallabfälle dürfen daher in diese Körbe nicht hineingeworfen werden.

Die Verordnung tritt sofort in Kraft. Uebertretungen der Bestimmungen dieser Verordnung werden mit Geldstrafen bis zu 200 Schilling oder Arreststrafen bis zu 14 Tagen geahndet.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl HONAY

Wien, Donnerstag, 10. September 1925.

.....

Jubilare der Ehe. Der amtsführende Stadtrat Richter überreichte in Vertretung des Bürgermeisters dem Ehepaar Peter und Karoline Erhard, XVII., Geblergasse 7, die Ehrengabe der Stadt Wien zur goldenen Hochzeit.

.....

Weitere Verbesserung der Strassenbeleuchtung. Die an Stelle der bestehenden Gasbeleuchtung neu eingerichtete öffentliche elektrische Strassenbeleuchtung II., Ausstellungsstrasse, wurde gestern zum erstenmale in Betrieb gesetzt. Damit wird einem lang gehegten Wunsch der Bezirksvertretung der Leopoldstadt und der Budenbesitzer des Preters entsprochen. Insgesamt werden 45 hochkerzige Halbwattlampen in Verwendung stehen, die zum grössten Teile auf den Spanndrähten der Strassenbahnen angebracht sind. Dadurch erhält ein lange schlecht beleuchteter Strassenzug eine wirklich grosstädtische Beleuchtung. Auch die Salesianergasse im III. Bezirk wurde mit 10 Halbwattlampen ausgestattet und das Stück der Vorderen Zollamtsstrasse vor der Grossmarkthalle ebenfalls in die elektrische Beleuchtung einbezogen. Die Lampen in den beiden erwähnten Gassen stehen ebenfalls seit gestern in Betrieb.

.....

Fürsorgeabgabe. Das heute erschienene Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 72 enthält als Beilage einen zweiten Nachtrag zur Fürsorgeabgabe, der die Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes und der Abgabebeschwerdekommision behandelt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H O N A Y

Wien, Freitag, 11. September 1925.

.....
Der Leuchtbrunnen. Wegen einer unvorhergesehenen Störung konnte gestern abends der Leuchtbrunnen nicht in Betrieb gesetzt werden. Nachdem der Schaden behoben ist, wird der Leuchtbrunnen heute Freitag, morgen Samstag und am Sonntag von halb acht Uhr bis halb neun Uhr bei günstiger Witterung in Betrieb sein.

.....
Wiener Lehrlinge nach Salzburg. Wie das Kuratorium der Lehrlingsfürsorge-Aktion beim Bundesministerium für soziale Verwaltung mitteilt, geht der erste Transport von Wiener Lehrlingen Freitag, den 25. September nach Salzburg ab. Anmeldungen sind an die Zentralstelle der Lehrlingsfürsorge-Aktion in Wien I., Hanuschgasse 3, zu richten.

.....
Unveränderte Kanalräumungsgebühren. Die Kanalräumungsgebühren erfahren für den Monat September 1925 keine Veränderung gegenüber den Vormonaten. Sie betragen daher das 25fache des August-Monatszinses im Jahre 1914.

.....
Eine Blaselstrasse in Währing. Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, die von der Dürwaringstrasse nach Norden führende Verkehrsfläche im Ried Winterdürwaring nach dem Wiener Komiker und Schauspieler Karl Blasel zu benennen. In dieser Strasse, die in nächster Nähe der Wallriesstrasse und des oberen Endes der Herbeckstrasse gelegen ist, wurden mehrere Siedlungshäuser und an der platzartigen Erweiterung mehrere Villen erbaut.

Das Andenken an Karl Blasel, der am Theater an der Wien und am Carltheater unvergesslich wirkte und vor drei Jahren hier verstarb, wird dadurch dauernd bewahrt.

-----oOo-----

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H O N A Y

Wien, Samstag, 12. September 1925.

Wiener Kinder ins Salzkammergut. Gestern Freitag sind mit einem Sonderzug 500 Mädchen unter der Leitung der Fürsorgerin Plan zum Erholungsaufenthalt nach St. Wolfgang in Oberösterreich gefahren. Die Kinder wurden zum Teil von den städtischen Bezirksjugendämtern, zum Teil vom Verband der Krankenkassen ausgewählt. Mit diesem Transport ist die Zahl der vom Wiener Jugendhilfswerk in eigene Heime entsendeten Kinder in diesem Jahre auf über 6000 gestiegen; in dieser Zahl ist aber die ^{Anzahl der} durch die privaten Vereine mit Unterstützung des „Wijug“ aufs Land entsendeten Kinder nicht enthalten. Seit dem Bestehen des Wiener Jugendhilfswerkes, das unter dem Vorsitz des amtsführenden Stadtrates Universitätsprofessors Dr. Julius Tandler steht, ist in diesem Jahre die höchste Zahl der in eigener Regie untergebrachten Kinder überhaupt zu verzeichnen. Die Geschäftsstelle des Wiener Jugendhilfswerkes hatte in diesem Sommer ein gewaltiges Stück organisatorischer und betriebstechnischer Arbeit zu leisten, da sie die Führung der eigenen Heime neben ihrer bedeutenden Arbeitsleistung als Zentrale der gesamten Wiener Erholungsfürsorge zu bewältigen hatte.

Krankenpflegeschule im Krankenhaus der Stadt Wien. Am 1. Oktober 1925 beginnt an der Krankenpflegeschule des Krankenhauses der Stadt Wien in Lainz ein dreijähriger Jahrgang zur Heranbildung diplomierter Krankenpflegerinnen. Bewerberinnen um Aufnahme in diesen Jahrgang, der auch mit einem Internat verbunden ist, müssen die österreichische Bundesbürgerschaft besitzen, das 18. Lebensjahr vollendet haben und mindestens den erfolgreichen Besuch einer dreiklassigen Bürgerschule nachweisen können. Gesuche sind mit einem Einschillingstempel zu versehen und an die Direktion des Krankenhauses der Stadt Wien, XIII/9, Wolkersbergenstrasse Nr. 1, zu richten, von wo auch gegen Einsendung eines frankierten Rückkuverts schriftlich die genauen Aufnahmebedingungen bekannt gegeben werden.

Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien. An der Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien, VI., Brückengasse 3, Telephon-Nr.: 50-4-19, beginnen Montag, den 14. September, folgende Schulen: Haushaltungsschule für 14 - 16jährige Mädchen, Haushaltungsschule für Mädchen über 16 Jahren, Fachschule für Grossküchenbetrieb für Mädchen über 16 Jahren. Prospekte sind beim Schulwart erhältlich.

Schliessung der Sommerbäder. Die noch in Betrieb gestandenen restlichen fünf städtischen Sommerbäder werden nunmehr auch mit Sonntag, den 13. September, geschlossen. Bis auf weiteres bleibt dagegen noch das Strombad bei der Aspernbrücke geöffnet.

Ehrenpreis der Gemeinde Wien. Am Sonntag, den 20. September 1925 veranstaltet der Ruderverband „Alte Donau“ ein Dauerrudern auf der alten Donau. Der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten hat auf Antrag des Gemeinderates Beisser in seiner letzten Sitzung beschlossen, den Betrag von 100 Schilling zur Anschaffung eines Ehrenpreises der Stadt Wien zu bewilligen.

Sitzungen im Rathause. In der nächsten Woche findet Dienstag, 15., eine Sitzung des Stadtsenates um 10 Uhr vormittags statt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Montag, den 14. September 1925

Umsteigen und Gehstrecke auf der Wiener elektrischen Stadtbahn. Bei den Stationen der neu eröffneten Linie der Wiener elektrischen Stadtbahn ist ein Umsteigen, auch mit Zurücklegung einer Gehstrecke zu den zunächst gelegenen Haltstellen der Strassenbahn, auf nachstehenden Linien gestattet: Bei der Station Margaretengürtel auf die Linien 18, 118 und 63; bei der Station Pilgramgasse auf die Linien 3, 13, 61 und 63; bei der Station Ettenbrückengasse auf die Linien 61 und 63; bei der Station Karlsplatz auf die Linien 58, 59, 61, 63, 65, 66, 67, 71 und D, ausserdem bei dieser Station und bei den Stationen Stadtpark und Hauptzollamt auf alle über den Ring und die Lastenstrasse verkehrenden Linien. Schliesslich bei der Station Hauptzollamt noch auf die Linien F, J, O und H. Bei diesen Fahrten muss das Fahrziel auf kürzestem Weg erreicht werden und es sind dabei Rückfahrten unzulässig.

Jubilare der Ehe. In Vertretung des Bürgermeisters überreichte am Samstag amtsführender Stadtrat Speiser dem Ehepaare Josef und Julie Spitzer, Hayngasse 10 anlässlich ihrer diamantenen Hochzeit die Ehrengabe der Stadt Wien. Am gleichen Tage überbrachte Stadtrat Speiser den Ehepaaren Emil und Anna Lasch, Florianigasse 40 und Siegmund und Rosa Weiss, Hollergasse 51 die Ehrengabe der Gemeinde zur goldenen Hochzeit.

Die Einheitskurzschrift an den Wiener Mittelschulen. Nach fast zwanzigjährigen Verhandlungen wurde im Deutschen Reich die Systemeinheit in der Stenographie hergestellt. Von Ostern 1926 angefangen, wird in sämtlichen Schulen des Reiches unter Ausschluss aller übrigen Systeme die Einheitskurzschrift gelehrt werden. Der Deutsche Stenographenbund „Gabelsberger“, der mehr als hunderttausend Mitglieder zählt, und dem auch die Mehrheit der österreichischen Stenographenverbände angehört, hat auf dem Münchner Stenographentag den Uebergang zur Deutschen Einheitskurzschrift beschlossen, da diese als Fortentwicklung des Gabelsberger'schen Systems im Sinne einer leichteren Erlernbarkeit bei gleichbleibender Kürze anzusehen ist.

Der Stadtschulrat für Wien hat nun verfügt, dass im kommenden Schuljahr an sämtlichen Schulen seines Amtsbereiches die Einheitskurzschrift zu lehren ist. Dadurch ist auf dem Gebiet der Kurzschrift die Einheit mit dem Deutschen erreicht und der Wunsch der überwiegenden Mehrheit der Stenographen Oesterreichs in Wien erfüllt.

Keine Sprechstunden beim städtischen Baureferenten. Infolge Erkrankung des amtsführenden Stadtrates Siegel entfallen bis auf weiteres die Sprechstunden.

Städtische Ehrenpension für den Maler Hlavacek. Der Gemeinderatsausschuss für Finanzangelegenheiten hat heute auf Antrag des Gemeinderates Thaller beschlossen, dem Landschaftsmaler Professor Anton Hlavacek rückwirkend vom 1. Mai angefangen die Ehrenpension der Gemeinde Wien auf hundert Schilling monatlich zu erhöhen. Professor Hlavacek ist bereits 83 Jahre alt und befindet sich in äusserst ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verant. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Dienstag, den 15. September 1925

Sitzung des Wiener Gemeinderates. Am Freitag um 5 Uhr nachmittags findet die erste Sitzung des Wiener Gemeinderats nach den Ferien statt. Auf der Tagesordnung stehen alle Geschäftsstücke, die während der Ferien vom Stadtsenat gegen nachträgliche Genehmigung des Gemeinderates erledigt worden sind.

Gemeindesubvention für eine Johann Strauss Gedenktafel. Der Wiener Stadtsenat hat heute einstimmig beschlossen dem Wiener Schubertbund eine Subvention von 250 Schilling für eine Gedenktafel an dem Hause Praterstrasse 54 zu bewilligen. In diesem Hause hat Johann Strauss im Jahre 1867 seinen Walzer „An der schönen blauen Donau“ geschrieben. Die Gedenktafel wird folgende Inschrift aufweisen: In diesem Hause schrieb Johann Strauss im Jahre 1867 die „Wiener Volkshymne“: den Walzer „An der schönen blauen Donau“. Zu des Walzerkönigs hundertsten Geburtstag 1925 gestiftet vom Wiener Schubertbund.

15.640 Bauarbeiter durch die Gemeinde beschäftigt. Die letzte Veröffentlichung über die Zahl der auf städtischen Bauten unmittelbar beschäftigten Arbeiter bezog sich auf die Woche vom 27. Juli bis 1. August und wies den Stand von 15.256 Personen auf. Es war dies damals die höchste Zahl in der ganzen Bausaison und es schien eine weitere Steigerung über dieses auch im Frieden nie verzeichnete Ausmass, unmöglich. Der Ausweis für die Woche vom 31. August bis 5. September zeigt aber sehr erfreulicher Weise eine neuerliche Zunahme um ³⁸⁴ Arbeiter. Nicht weniger als 15.640 Bauarbeiter haben in der Woche vom 31. August bis zum 5. September auf städtischen Bauplätzen gearbeitet. Die Zunahme entfällt ausschliesslich auf die Wohnhausbauten, die mit dem grössten Nachdruck gefördert werden. Eine mehr als doppelt so grosse Zahl von Menschen ist aber ausserdem bei der Erzeugung der Ziegel, des Gementes, von Schotter, Sand, Gipsdielen, bei der Herstellung der Fussböden, der Türen, Fenster, Beschläge, der Gasherde, Klosettanlagen, Wasserleitungsmuscheln, der zentralen Badeanlagen und Wäschereien und all der unzähligen ergänzenden Artikel, die zu den gewaltigen Wohnhausbauten der Gemeinde dazugehören, beschäftigt. Es sind sicherlich fünfzigtausend Menschen, die auf diese Weise vor der Arbeitslosigkeit bewahrt bleiben und, da die Bausaison eigentlich nur an den allerstrengsten Wintertagen eine Unterbrechung erfährt, fast ständig lohnende Arbeit finden.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl Honay

Wien, am Mittwoch, den 16. September 1925.

Gehobene Schulen für begabte Taubstumme. Im Spätfrühling dieses Jahres fand im grossen Lichthof des Stadtschulratsgebäudes eine Ausstellung über das Wiener Sonderschulwesen statt. Diese Ausstellung bewies, dass Menschen trotz ihres Gebrechens sich einen Platz am Arbeitstisch erringen können, ja, dass sich oft technische oder künstlerische Begabung vorfindet. Seit etwa drei Jahren haben die verschiedenen Zweige des Sonderschulwesens unter dem mächtigen Antrieb der Schulreform grosse Fortschritte gemacht. Die Taubstummenbildung hat durch die Einführung des Kindergartens und der Sprachvorschule zwei Jahre Bildungszeit gewonnen. Nun soll ein neuer Schritt getan werden; es soll der Auswirkung der Sprachvorschule auf die gesamte Schulzeit Rechnung getragen (gesteigerter Lehrplan infolge der Entlastung der unteren Stufen durch die Sprachvorschule) und ein hundert Jahre alter, berechtigter Wunsch der Taubstummen, eine Bürgerschule für begabte Taubstumme zu erhalten, erfüllt werden. Mit diesem Schuljahr beginnt die Umstellung der städtischen Taubstummenanstalt in Döbling, Hofzeile 15 zu einer gehobenen Schule für Gehörlose und solche Schwerhörige, die an der Grenze der Taubheit stehen. Schon auf den unteren Stufen der Grundschule werden die Zöglinge nach Fähigkeiten getrennt. Die Begabten werden in eigenen Klassenzügen durch eine vierstufige Bürgerschule geführt, die mit dem absolvierten sechsten Schuljahr beginnt und ungefähr dem Lehrplan der dreiklassigen Bürgerschule entspricht. Durch die Trennung nach Fähigkeiten wird es möglich sein, dass die Gruppen der „Langsam Arbeitenden“ stärker gefördert werden können, als dies bisher der Fall war. Der Unterricht der Mädchen in den Gegenständen der Haushaltung und der Unterricht der Knaben in der Handfertigkeit soll durch Schaffung verschiedener Einrichtungen weitgreifend ausgestaltet werden. Daneben läuft ^{noch} eine Förderklasse für die Aernsten der Armen, für die schwachbegabten Taubstummen. Zum Leiter der Anstalt wurde Professor Adolf Freunthaler ernannt, der zu diesem Zwecke aus dem Dienste am Bundestaubstummeninstitut in den städtischen Schuldienst übernommen wurde.

Gemeindesubventionen. Auf Antrag des Gemeinderates Hiess hat der städtische Finanzausschuss beschlossen dem Oesterreichisch-Deutschen Volksbund eine Subvention von sechstausend Schilling zu gewähren. Diese Organisation hat, wie berichtet, Ende August unter Teilnahme einer grossen Zahl von Mitgliedern, darunter vieler reichsdeutscher Parlamentarier, unter Führung des deutschen Reichstagspräsidenten Loebe, die grösseren österreichischen Städte besucht und dadurch viel zur Vertiefung der bereits bestehenden Wechselbeziehungen beigetragen. Ferner hat der Finanzausschuss dem ersten öffentlichen Kinder-Krankeninstitut in der Inneren Stadt eine Subvention von dreitausend Schilling bewilligt. Diese Anstalt hat im Jahre 1924 mehr als zehntausend Kinder in ungefähr dreissigtausend Ordinationen unentgeltlich behandelt. Schliesslich hat der Finanzausschuss für die in Wien kürzlich abgehaltene allgemeine Bienenzuchtausstellung eine Subvention von fünfhundert Schilling genehmigt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Donnerstag, den 17. September 1925.

.....
Johann- Strauss- Ausstellung der Stadt Wien. Die Arbeiten an der in den Räumen des Historischen Museums anlässlich des hundertsten Geburtstages Johann Strauss (25. Oktober 1925) veranstalteten Gedächtnisausstellung der Stadt Wien sind in vollem Gange. Um ein möglichst geschlossenes Bild des Lebens und Wirkens der Meister des Wiener Tanzes (von Josef Lanner bis zu Josef Strauss) zu erzielen, werden alle Besitzer von Lanner- und Strauss- Erinnerungen eingeladen, das Material der Ausstellung durch Leihgaben zu bereichern. Selbstverständlich übernimmt die Stadt Wien jegliche Haftung für die zur Verfügung gestellten Objekte. Institute und Persönlichkeiten, die der Veranstaltung ihre Unterstützung zuteil werden lassen wollen, mögen sich mit der Direktion der Städtischen Sammlungen, Wien I., Neues Rathaus, IV. Stiege, 1. Stock, Telephon (8 - 15 Uhr) 23500 oder 28500, Klappe 0-37, ins Einvernehmen setzen.

.....
Die Jugendfürsorge der Stadt Wien. Das erste Septemberheft der „Oesterreichischen Gemeindezeitung“ ist soeben als Sondernummer erschienen und behandelt in ausführlicher Weise die Arbeit des Jugendamtes der Stadt Wien. Es werden alle Zweige der umfangreichen Jugendfürsorgearbeit der Gemeinde Wien von den leitenden Beamten dieses Verwaltungsgebietes behandelt, so dass ein ausgezeichnete Ueberblick ermöglicht wird. Wichtig ist auch die Zusammenstellung der Dienststellen des Jugendamtes, der öffentlichen Kindergärten der Gemeinde Wien, der städtischen Tagesheimstätten, der städtischen Horte und Tageserholungsstätten und der städtischen Jugendspiel- und Eislaufplätze. Ausführlich wird die neue Kinderübernahmestelle der Gemeinde Wien besprochen. Das umfangreiche Sonderheft ist mit reichem Bildschmuck versehen und kann im Neuen Wiener Rathaus bezogen werden.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantwortl. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Freitag, den 18. September 1925.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 18. September 1925.

Bürgermeister Seitz eröffnet um fünf Uhr nachmittag die Sitzung. An Stelle des verstorbenen Altbürgermeisters Reumann ist zum erstenmale Gemeinderat Johann Lutz anwesend, der die Angelobung leistet.

Der grösste Teil der Tagesordnung wird ohne Wortmeldung genehmigt. So die Anträge der Gemeinderäte Hiess und Thaller auf Gewährung von Subventionen an den Verein Volksheim, eines unversinslichen Darlehens an den Verein Kinderschützstationen und eines Preises der Stadt Wien für das Motorradrennen des österreichischen Automobilklubs. Ohne Wortmeldung werden Anträge des Vizebürgermeisters Emmerling auf Pachtung einer Leichenbestattungskonzession in Simmering, eines Sachkredites von 150.000 Schilling für die Verglasung der Plattformen von hundert Strassenbahntriebwagen, ein Nachtragskredit von 19.600 Schilling für die Ausgestaltung der zu einer Kraftstellwagengarage umgestalteten Zedlitzmarkthalle, ein Zuschusskredit für die Elektrifizierung der Stadtbahn von rund 388 Schilling, die Verlängerung der Haftung der Gemeinde für den von der Land- und forstwirtschaftlichen Betriebsgesellschaft aufgenommenen Betriebskredit ein Zuschusskredit von rund 94.000 Schilling für den Ausbau des Kraftwerkes Engerthstrasse, Anträge des Gemeinderates Jenschik auf Ankauf eines Lastkraftwagens für die städtische Wäscherei, eines Kredites für bauliche Herstellungen und für Entschädigungen an den früheren Eigentümer des Grundstückes der städtischen Wäscherei, des Gemeinderates Iser auf Herstellung des Otto-Wagnerplatzes, der Paul Hockgasse und eines Teiles der Frankgasse am Alsergrund mit einem Kostenaufwand von 146.000 Schilling und Wasserleitungsbauten auf der Schmelz, Wienerberg und Laaerberg mit einer Ausgabeansumme von 1.450.000 Schilling und die Anschaffung von neuen Gartenbänken, der Gemeinderäte Lötsch, Pokorny, Suchanek, Witzmann, Schön auf Grundankäufe und Grundtauschvereinbahrungen in Meidling, Favoriten, Hietzing, Währing, Floridsdorf und Marthausen, des Gemeinderates Schütz auf Festsetzung eines öffentlichen Platzes auf dem unverbauten Grund zwischen Lorenz Mandl-, Zwintz- und Zöchbauerergasse in Ottakring, des Stadtrates Weber auf Errichtung von neuen Wohnhausbauten der Gemeinde in Währing (Kreuzgasse- Paulinengasse), in Pöbling, (Billrothgasse- Lisstauerergasse) und in Hietzing, (Barchettigasse), des Stadtrates Professor Dr. Tandler auf Verzicht auf die Einhebung eines Regiezuachlages bei der Angestelltenkost und Streichung der Anstaltszulage in den städtischen Humanitätsanstalten, auf Gewährung eines Kredites von 133.000 Schilling für die Führung der neueröffneten Kinderübernahmestelle und von Zuschusskrediten für die Krankenpflegeschule der Stadt Wien, des Gemeinderates Weigl auf einen Kredit von 2000 Schilling für den in Liquidation befindlichen Schotterbruch Erelberg, des Gemeinderates Rudolf Müller auf Herstellung von Teilen der Glanzinggasse und der Zuckerhandlgasse in Währing und der Stromstrasse von der Vorgartenstrasse bis zum Handelskai und der Engerthstrasse vom Engelsplatz bis zur Nordbahn, des Gemeinderates Schütz auf Bewilligung eines Zubaues zur Unterstation Sechshaus der städtischen Elektrizi-

tätswerke des Stadtrates Speiser auf Abänderung des Kollektivvertrages der städtischen Leichenbestattung, eines Zuschusskredites von 500.000 Schilling für die Aufwandgebühren und einer Erhöhung der Zölagen für die städtischen Schulwarte, sowie der Errichtung von Direktionen und der Systemisierung von Direktorstellen im Versorgungshaus Lainz und in der Heil- und Pflegeanstalt Ybbs an der Donau, des Stadtrates Breitner auf Ankauf von Aktien der Wiener Baustoffe-Gesellschaft, angenommen.

Vizebürgermeister Emmerling berichtet über Aenderungen ^{nacht} im Autobusverkehr im Sommer 1925. Die drei Teilstrecken Stephansplatz-Reinergasse, Stephansplatz- Rochusgasse und Stephansplatz-Franz-Josefs-Bahn werden während der Sommermonate nicht betrieben. Die Linie Stephansplatz- Silberergasse wird über Porzellangasse-Liechtensteinstrasse- Nussdorferstrasse geführt. Endlich wird der Tarif im Autobusnachtverkehr für eine Teilstrecke auf 40 Groschen und für zwei Teilstrecken auf 80 Groschen ermässigt.

G.R. Scholz (Chr. soz.) findet es unerklärlich, dass während des Hochsommers der Nachtverkehr auf den genannten Linien restringiert wird. Der Autobus ist keine kapitalistische Unternehmung, sondern eine Wohlfahrtseinrichtung. In unserer City gibt es eine grosse Anzahl von Betrieben, deren Angestellte spät nachts nach ihren Wohnstätten fahren wollen und ^{durch} die Einstellung der Linien schwer benachteiligt werden. Der Redner setzt sich für die Wiedereinführung ein.

Vizebürgermeister Emmerling erklärt, dass sich die Linien als nicht notwendig erwiesen haben und deshalb die Teilstrecken gekürzt werden mussten. Auch darf man das Netz und die Linienführung des Autobus nicht als unabänderlich ansehen, sondern muss es dem Bedürfnissen anpassen.

Vizebürgermeister Emmerling berichtet schliesslich über einen Betriebskredit für die städtischen Strassenbahnen zur Beschaffung von Roh- und Betriebsstoffen im Betrage von 10.000.000 Schilling für das zweite Halbjahr 1925.

G.R. Angermayer (Chr. soz.) ersucht um genauere Daten über die Verwendung dieses Kredites, da die Summe von hundert Milliarden Kronen ausserordentlich hoch erscheint.

Vizebürgermeister Emmerling erklärt, dass ein Teil von Arbeiten, der erst im zweiten Halbjahr hätte durchgeführt werden sollen, schon im ersten Halbjahr ausgeführt wurde. Dies war aus technischen Gründen angebracht. Der Betrag dient keineswegs für Investitionen.

G.R. Grünfeld (Soz. dem.) referiert über den Neubau einer Leichenhalle auf dem Jedleseer-Friedhof im Gesamtkostenbetrag von 32.000 Schilling. Es war schon eine dringende Notwendigkeit eine neue Leichenhalle zu errichten, da die vorhandene den Erfordernissen nicht mehr entspricht. Der Plan kann aber jetzt erst, nach langen Verhandlungen mit den Anrainern zur Ausführung kommen.

G.R. Angermayer (Chr. soz.) bemerkt, dass schon im Voranschlag eine Post von 20.000 Schilling für diesen Bau eingesetzt war und fragt, ob es sich hier um einen Zuschusskredit von 12.000 Schilling handelt, oder ob der Bau 52.000 Schilling kostet.

G.R. Grünfeld (Soz. dem.) erklärt, dass die Aufstellung zu einer Zeit gemacht wurde, wo die langen Verhandlungen über die Erwerbung des Grundes noch nicht beendet waren. Daraus erklärt sich, dass die Kosten höher sind als angenommen wurde.

G.R. Iser (Soz. dem.) berichtet über den Neubau eines Hauptunrathkanales in der Pitka- und Lottgasse von der Brünnerstrasse bis zu den Nordbahnhäusern im XXI. Bezirk. Die Kosten sind mit 40.000 Schilling angesetzt.

G.R. Kerner (Chr.doz.) schildert die Grundwasserverhältnisse in der Geatzgasse in Währing und verlangt Abhilfe.

G.R. Iser (Soz.dem.) verweist im Schlusswort darauf, dass im Projekt der Untergrundbahn dort die Trasse geführt werden soll und diese Frage nur im Zusammenhang damit gelöst werden kann.

G.R. Schütz (Soz.dem) berichtet über die Errichtung eines neuen Schalthauses der städtischen Elektrizitätswerke in Meidling, Eichenstrasse-Wilhelmstrasse. An Stelle des bestehenden Schalthauses soll dort ein neues mit betoniertem Unterbau, mit Ziegelmauern und einer Eisenbetondecke errichtet werden.

G.R. Scholz (Chr.soz.) betont, dass seit anderthalb Jahren in den verschiedenen Bezirken Störungen im Stromnetz vorkommen. Die letzte, am 8. September, hat besonders dadurch schwer geschadet, dass sie an einem normalen Arbeitstag eintrat. Die arbeitende Bevölkerung musste zu Fuss in die Arbeitsstätten wandern und verlor eine volle Arbeitsstunde. Aber auch der Handels- und Gewerbebestand sowie die Industrie wurden dadurch schwer geschädigt. Bürgermeister Seitz: Es ist auch ein Wunsch der Verwaltung und des Bürgermeisters, einen möglichst ungestörten Betrieb der Elektrizitätswerke zu erreichen. Es ist auch selbstverständlich, daß die Störungen Anlaß gaben, genaue Studien darüber anzuordnen, wie solchen Ereignissen in geeigneter Form begegnet werden könnte. Dies sind aber sehr schwierige technische Fragen, in die ein Laie nicht so ohne weiteres eindringen kann. Jedem von uns erscheint es wohl, daß, wenn die erste Anlage vollkommen ist, eine Störung nicht sofort auch eine Störung des ganzen Netzes und der gesamten Stromversorgung nach sich ziehen darf. Dies ist aber nicht so. Man hat mir eingewendet, daß Störungen dieser Art auch in den anderen Städten vorkommen. Das mag richtig sein, aber man muß trotzdem jede einzelne zum Gegenstand ernster Studien und genauer Prüfungen machen. Daran ist jedes Mitglied des Gemeinderates ohne Unterschied der Partei interessiert. Ich habe es daher für zweckmäßig erachtet, anzuordnen, daß demnächst ein ausführliches Referat von einem Fachmann, vielleicht dem Direktor der Elektrizitätswerke selbst, erstattet werde. Der Gemeinderat wird dann einen besseren Einblick gewinnen. Ich hoffe, daß ich in Kürze den Gemeinderat zu einem instruktiven Vortrag einladen kann, an den sich gegebenenfalls auch eine Debatte anschließen wird.

G.R. Schütz (Soz.dem.) beantragt eine Abänderung der Baulinie für die Marktgasse und Fechtergasse im IX-Bezirk in der Weise, dass die Fechtergasse zwischen Markt- und Salzergasse aufgelassen, das entsprechende Stück Baugrund in die Verbauung einzu beziehen und nur ein Durchgang für Fußgänger zu schaffen ist.

G.R. Erban (Chr.soz.) hält die vorgeschlagene Lösung für höchst ungünstig, denn die Fechtergasse sei als Parallelstrasse zur Alserbachstrasse ein wichtiger Verkehrsweg den man nicht auf diese Weise beseitigen dürfe. Annehmbarer wäre eine Ueberbauung der Strasse, wie dies beim Fuchsenfeldhof erfolgt ist. Redner stellt einen Antrag auf Rückverweisung des Antrages zur nochmaligen Beratung mit Ausarbeitung eines neuen Projektes.

Der Antrag auf Rückverweisung wird abgelehnt und nach dem Schlusswort des Referenten, der erklärt, dass nach den gepflogenen fachlichen Erhebungen die Fechtergasse keinen besonderen Verkehrswert besitze und eine Unterfahrung technisch nicht möglich sei, der Antrag angenommen.

St. R. Speiser berichtet über die Anträge über eine allgemeine Stufenverrückung der städtischen Angestellten einschliesslich der Lehrpersonen und der Pensionsparteien. Das Erfordernis für dieses Jahr ist mit zwanzig Milliarden veranschlagt, im kommenden Verwaltungsjahr wird eine doppelt so hohe Summe erforderlich sein.

G.Rtin. Schlösinger (Chr.soz.) ist mit der Gehaltsregulierung der Lehrerschaft nicht einverstanden, weil die unteren Stufen nach ihrer Auffassung gänzlich unberücksichtigt wurden und die Regulierung nur den oberen Gruppen zugute kommen. Bei den Verhandlungen war nur der Verband der städtischen Angestellten zu Rate gezogen worden, alle übrigen Organisationen konnten nicht zu Worte kommen. Die Lehrerschaft betrachte aber den Verband nicht mehr als ihre Vertretung. In diesem Jahre wurden ungefähr 250 Lehrpersonen für besondere Leistungen mit Geldprämien von ungefähr drei Millionen beteiligt. Nach welchen Grundsätzen diese Prämierung erfolgte, sei nicht gesagt worden und es sei nach den Erfahrungen der Auszeichnungen des Abschlusses der Schulreform anzunehmen, dass weniger die Berufstüchtigkeit als die Parteitüchtigkeit den Ausschlag gegeben habe. Es würde der Geistesrichtung der Lehrerschaft vielmehr entsprechen, höhere Leistungen nicht durch Geldgeschenke, sondern durch Belobungsdekrete auszuzeichnen. Bei der Verabfolgung von Geldprämien bestehe auch die Gefahr einer Züchtung des Strebertums und es werde auf diese Weise leicht Unzufriedenheit in der Lehrerschaft geschaffen. Der Lehrerstand soll durch eine Gehaltsregulierung gehoben werden, die alle Klassen umschließt.

St. R. Speiser entgegnet in seinem Schlusswort, er müsse feststellen, dass die älteren Lehrpersonen im Bezug auf Valorisierung ihrer Bezüge hinter den jüngeren Lehrkräften weit zurückgeblieben sind. Die Vorlage bezwecke eben hier einen gewissen Ausgleich herzustellen. Bezüglich der Kritik über die Verabfolgung von Remunerationen sei zu bemerken, dass früher ein System der ausserordentlichen Vorrückungen und Remunerationen weniger notwendig gewesen sei, weil ja das Avancement nicht so automatisiert war wie heute. Heute ist ein gesichertes Vorrücken gegeben und es muss infolgedessen ein Ausgleich geschaffen werden, dass hervorragende Leistungen durch besondere Zuwendungen anerkannt werden. Gewiss dürfe man eine gewisse Gefahr nicht übersehen, dass aus dieser Neuordnung ein Strebertum entstehen könnte. Um ihr zu begegnen muss eine besonders sorgsame Auswahl getroffen werden. Und ein Betrachten der Liste der Ausgezeichneten zeigt, dass sie jeder Einwendung standhalte. Die Auszeichnungen erfolgen nach rein sachlichen Grundsätzen, Geldzuwendungen nicht zu geben sei unmöglich, denn die Lehrer selbst haben gesagt, dass die Gleichstellung der Beamten und Lehrer nicht durchbrochen werden dürfe, dadurch, dass die Geldzuwendungen nur einseitig erfolgen. Es wäre sonderbar wenn die Beamten Remunerationen erhielten, die Lehrer aber nicht.

Der Antrag wird sodann angenommen.

G.R. Rzehak berichtet über den Neubau eines Hauptkanals in der Engerthstrasse von der Traisengasse bis zur Donauerschlingenstrasse im XX. Bezirk und beantragt das Kostenerfordernis von 40.000 Schillingen zu genehmigen.

Der Antrag wird angenommen.

St. R. Weber beantragt einen Zuschusskredit für die Kosten der Arbeitslosenversicherung. Die Gemeinde ist nach dem Gesetz verpflichtet, vier Prozent zu den Kosten der Arbeitslosenunterstützung zu leisten. Infolge der grossen Arbeitslosigkeit ist der im Voranschlag festgesetzte Betrag bereits verausgabt.

G. R. Stein (Soz. dem.) erklärt, dass die Gemeinde an der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im hohen Grade mitwirkt. Die Arbeitslosenversicherung ist aber eine Bundesangelegenheit und da muss festgesetzt werden, dass die Behandlung dieser wichtigen Frage durch die Regierung nicht so ist, wie dies gewünscht werden müsse. Vor dem Krieg war die Arbeitslosigkeit ein Problem der arbeitenden Klassen, heute ist sie aber zu einem Problem des Staates selbst geworden. In einer Zeit, in der in Europa mehr als zehn Millionen Arbeitslose gezählt werden, könne wohl von einer volkswirtschaftlich ungeheuer wichtigen Frage geredet werden. Die Behandlung dieses Problems durch den Bund muss die Arbeitslosen geradezu herausfordern. Es ist unmenschlich, wenn die Verlängerung des Gesetzes oder die Gewährung der ausserordentlichen Zuwendungen immer erst unter dem Druck der sozialdemokratischen Abgeordneten im Nationalrat möglich ist. Gegen diese Art der Behandlung dieses wichtigen Problems müssen auch wir im Wiener Gemeinderat den schärfsten Protest erheben. (Beifall).

St. R. Weber erklärt, dass die Gemeinde nicht nur den gesetzlichen Beitrag zur Arbeitslosenversicherung leiste, sondern sich durch ihre grosse Investitionstätigkeit seit mehr als drei Jahren viel zur Linderung der Arbeitslosigkeit beitrage. Den Ausführungen des Vorredners müsse er zustimmen.

Der Antrag wird angenommen.

St. R. Weber beantragt die Gewährung von Krediten an die „Gesiba“ als „Einbauhilfe der Gemeinde Wien. Insgesamt sollen 650.000 Schilling gegeben werden. Die Gemeinde widmet 190 Parzellen zu zweihundert Quadratmeter für Einfamilienhäuser im Baurecht. Als Kredit können höchstens 20.000 Schilling für einen Bauwerber gegeben werden, wobei jeder Kreditwerber ein Viertel der Baukosten vor dem Beziehen des Hauses zu leisten hat. In 15 Jahren müssen die Kredite zurückgezahlt werden. Die Gemeinde hofft, dass dieser neue Weg ebenfalls eine Linderung der Wohnungsnot bringen wird.

St. R. Kunschak sagt, dass der Antrag von seiner Partei sympathisch begrüsst werde, trotzdem man gegen die „Gesiba“ manches einzuwenden habe. In Deutschland geben einige Städte schon längst an Bauwerber, wenn sie die notwendige Garantie bieten, billige Bankkredite. Wenn Sie nun einen solchen Schritt auf diesem Wege tun, so findet er unsere volle Unterstützung und wir begreifen nur nicht, dass die Gemeinde sich dabei einer dritten Stelle bedient und sich nicht entschliessen kann, individuell solche Kredite zu geben. Ich meine, dass das der Weg wäre, der wohl sicherer zum Ziele führen wird. Aus dem Vertrag mit der „Gesiba“ zeigt sich, dass man den Leuten, die solche Kredite nehmen wollen, auch gleich einen Advokaten mitgeben muss, da sie sonst Gefahr laufen in eine Situation zu kommen, aus der sie nicht einmal mit einem blauen Auge, sondern überhaupt ohne Augen herauskommen dürften. Das führt dazu, dass sich die Leute zu dem an und für sich vernünftigen Akt nicht entschliessen werden können. Im Vertrag ist auch vom Pfandrechten und Konventionalstrafen die Rede. Hier müsste wohl eine Form über die zulässige Höhe gefunden werden. Unser Misstrauen ist sehr berechtigt, nachdem was wir auf dem Gebiet

des Siedlungswesens erlebt haben. Darnach ist es eine Pflicht misstrauisch zu sein. Ich würde daher sehr wünschen, dass dieses Referat zurückgestellt und noch einmal geprüft wird.

Abläss zu diesem Misstrauen geben auch die Vorgänge der letzten Wochen auf dem Bruckhaufen, in Bretteldorf, am Wolfersberg, am Schafberg und und so weiter. Es ist gewiss begrüssenswert, wenn die Gemeinde grosse Beträge, ja ganz bedeutende Summen für eine halbamtliche Bautätigkeit zur Verfügung stellt. Das könnte dazu führen, dass auch privater Unternehmungsgeist mobilisiert wird. Aber mit dem steht im Widerspruch, das Sie als Feldzugsplan gegen die Siedler unternommen haben. Die Siedlung am Wolfersberg hat den Rechtsgang einer bürokratischen Behandlung lückenlos durchgemacht. Am 23. Juli 1921 wurde durch einen Gemeinderatsbeschluss das ganze Gebiet als Siedlungsgebiet erklärt. Am 29. September 1923 hat der Gemeinderat die Baulinien bestimmt und am 21. Oktober 1923 hat der Unterausschuss die Strassennamen festgesetzt. Am 24. Juni 1922 hat die Magistratsabteilung 16 erklärt, dass gar kein Einwand gegen die Erteilung eines sechzigjährigen Baurechtes besteht und es hat dann die Gemeinde das Baurecht gegeben. Es war also alles vollständig geklärt. Die „Gesiba“ hat dort auch für 26 Kernhäuser Kredite gegeben und auf einmal findet die Gemeinde, dass Schluss sein muss, mit der Siedlung Wolfersberg. Da hat zunächst eine Kommission gefunden, dass der Wolfersberg Rutschterrain ist. Das hätte schon früher bemerkt werden müssen, ist aber unrichtig. Jetzt ist übrigens der Wolfersberg wieder kein Rutschterrain und für die villenartige Verbauung geeignet. Es ist sehr merkwürdig, dass man in solcher Weise mit einer Siedlung umspringt. Wenn man die Leute jetzt mit zehn Jahren Vertrag abspesen will, so steht das in gar keinem Einklang mit einem sechzigjährigen Baurecht. Was Sie da für Gründe haben ist ganz unerfindlich. Damit bringt man nur eine Gehässigkeit gegenüber den Siedlern zum Ausdruck.

Nun sind die Dinge auch in Bretteldorf und am Bruckhaufen aufgefliegen. Ich habe mir die Mühe genommen und bin selbst hinuntergegangen, um mir die Dinge anzusehen. Ich begreife, dass die Gemeinde in Baufragen streng sein muss. Ich muss aber sagen, dass mein Eindruck weit über meine Vorstellungen hinaus gegangen ist. Es hat geheissen, dass die Leute dort wild gebaut und hinter dem Rücken der Behörden vorgegangen sind. Es ist aber gar nicht wahr, dass dort alles wild gebaut wurde. Ich habe mir nur zwei Baupläne geben lassen, die vom Wiener Magistrat genehmigt wurden. Diese Baupläne entsprechen allen Anforderungen. In dem einen Fall wurde die Baubewilligung erteilt, aber die Benützung verweigert. Dem Mann wurde erklärt, wenn er trotzdem einzieht, werde er bestraft. Für den Mann gibt es aber einfach gar nichts anderes, als ohne Benützungskonsens einzuziehen. In einem anderen Fall hat sich ein Mann dort ein Häuschen gebaut, der im II. Bezirk eine Wohnung hatte. Man hat ihm aus diesem Grund seine Wohnung angefordert, sein Einspruch wurde abgewiesen und nun darf er sein Häuschen in Bretteldorf nicht beziehen. Das sind Dinge die nur den Eindruck erwecken, als ob hier nach Laune und nicht nach Recht amtiert wird. Es wurde auch gedagt, dass dort keine Strassen sind. Auch das ist unrichtig. Die Siedler haben sich selber Strassen gebaut und diese Strassenzüge sind alle zehn bis zwölf Meter breit. Es sind einzelne Strassen nach in sehr fraglichem Zustand, weil die Siedler nicht das Material haben und Anschüttungen bis zu drei Meter notwendig sind. Die Leute haben nicht wild und gedankenlos gebaut,

sondern eine Einsicht bekundet, die man nur bewundern kann. Sie sagen auch kein Wasser ist dort. Nun wurde selbst zugegeben, dass es dort siebzehn Auslaufbrunnen gibt. Gewiss ist das nicht ausreichend, aber die Siedler sind gerne bereit, für den Ausbau der Wasserleitung einen Kostenbeitrag zu leisten, oder die Kosten zu übernehmen. Die Siedler haben sich auch selber die elektrische Wohnungsbeleuchtung einvernehmlich mit dem städtischen Elektrizitätswerk besorgt. Richtig ist, dass dort keine ordentliche Strassenbeleuchtung ist. Bezeichnend ist aber, dass zwischen Bruckhausen und Bretteldorf für die dort befindliche städtische Kehrichtablagerung die elektrische Lichtleitung an die Leitung der Bretteldorfer angeschlossen ist.

Man kommt nun mit der Seuchengefahr. Die Gemeinde hat auch einmal dort, weil Malaria aufgetreten ist, mit grossen Kosten diese Seuche bekämpft. Aber das Bild hat sich heute wesentlich geändert. Die Tümpel sind zu achtzig Prozent durch die Arbeiter Siedler verschüttet. Die Seuchengefahr besteht also aus diesem Titel nicht mehr.

Madner erklärt, wenn man in diesem Gebiet wirklich einmal nach zehn bis zwanzig Jahren einen Winterhafen anlegen will, so hat es doch gar keinen Sinn, die Siedler schon jetzt zu drangsaliieren. Kommt es einmal dazu, dann kann man den Leuten sagen, wir werden euch Wohnungen geben, eine Ablöse zahlen, die bei einem Riesenunternehmen wie der Bau eines Winterhafens keine Rolle spielen wird, und dann werden die Siedler es auch einsehen und gewiss zu Opfern bereit sein. Die Siedler sind weit davon entfernt, wie ich mich selbst überzeugt habe, mit der Gemeinde einen Krieg zu führen. Ich bin gebeten worden, im Bretteldorf beruhigend zu wirken und ich habe es auch getan. Man hat leider Inkonsequenz auf Inkonsequenz bis zum Ausmass der Lächerlichkeit gehäuft, um im letzten Moment doch nachzugeben. Aber es sind noch eine Reihe wichtiger Fragen unerledigt geblieben. Wenn die Siedler fertig bauen dürfen, was geschieht mit denen, denen man den Konsens verweigert? Was geschieht mit den Leuten, denen die Kommission sagte, dass ihre Häuser baufällig sind? Darüber müssen Sie sich noch äussern. Was geschieht mit den Leuten, denen gesagt wurde, dass sie ihre Viehzucht aufgeben müssen und nicht Kühe und Schweine halten dürfen sondern nur Kleinvieh, höchstens Ziegen. Ich habe unten Schweinezucht gesehen, die manchen Agrarier mit Neid erfüllen muss. Gemüsearten von einer Reinheit der Qualität und Grösse, wie man sie sonst nirgends sieht, man könnte landwirtschaftliche Ausstellungen veranstalten. Wenn man das alles sieht, hat man nicht das Empfinden, diesen Leuten hinderlich in den Weg zu treten, sondern das Gefühl der Beschämung, Mitglied des Gemeinderates zu sein, der sich an diese Siedlung nicht erinnert, und den schaffenden Leuten nicht helfend unter die Arme greift.

Die Mehrheit hat eine Lösung gesucht, die keine ist, weil sie in dieser Frage den Grundsätzen von ihr als unantastbar und heilig bezeichneten Grundsätzen untreu geworden ist. Wie oft ist von uns gefordert worden, bei den Verhandlungen mit der Gemeinde auch die Vertreter der Minderheit zu Rate zu ziehen. Immer hat Herr Stadtrat Spaiser geantwortet, er kenne keine Minorität, wenn einmal Christlichsoziale in der Majoritätsvertretung sein werden, werde er mit ihnen verhandeln. Für ihn sei es massgebend, was die Vertreter der Organisationen sagen. Und jetzt haben die Siedler eine Organisation aber die Gemeinde verhandelt mit ihr nicht, sondern sie ruft sich ein paar Leute von irgendwo her, die

von den Siedlern, wie der türkische Verlauf der letzten Siedlerversammlung beweist, als Vertreter nicht anerkannt werden. Wir sollten der Frage auch jetzt, da sie in ein so bösartiges Stadium getreten ist, mit Wohlwollen und voller Gerechtigkeit gegenüberstehen. Wenn sie ernstlich einen Weg suchen, der aus dieser Verwirrung wieder hinausführt, werden sie ihn auch finden und Sie werden Tausenden braven fleissigen Leuten die geraubte Tag- und Nachtruhe wiedergeben. (Beifall bei der Minorität.)

St.R. Tandler betont, dass es sich um eine geographische Ungenauigkeit handelt, wenn man Bretteldorf und Bruckhausen in einem anführt. Das Bretteldorf unterscheidet sich vollkommen vom Bruckhausen. Was Gemeinderat Kunschak sagte, bezieht sich nur auf das Bretteldorf, nicht aber auf den Bruckhausen. Der Bruckhausen besteht nicht aus Schotter und auch kein Land wurde dort hingeführt, sondern einfach Mist! Der Bruckhausen beschäftigt das Stadtphysikat seit vielen Jahren als ein Seuchenherd. Es wurde hier schon bei meinem Amtsantritt gesagt, dass der Bruckhausen ohne Zweifel eine Gefährdungzone ist. Die Leute leben zwar dort ohne Typhuserkrankungen oder erkranken nur zeitweise, sie trinken aber ein Wasser, das für jeden menschlichen Genuss überhaupt nicht zugänglich sein sollte. Gerade das Stadtphysikat erklärte damals, dass dort unten irgendetwas geschehen muss, denn die Menschen verwenden ein Wasser, das dem Genuss abträglich ist. Ich habe dieses Wasser selbst gesehen, getrunken habe ich es aber nicht und ich weiss auch nicht, ob der Herr Stadtrat Kunschak es gekostet hat. Dieses Wasser hat die Farbe von Bernstein und hat einen unangenehmen Geruch! Es ist einfach unbrauchbar und es ist erstaunlich, dass viele Menschen durch eine Reihe von Jahren es getrunken haben ohne schwer zu erkranken. Das Gutachten des Stadtphysikates kann also nicht als oberflächlich bezeichnet werden. Wasser kann in einer bestimmten Gegend jahrelang typhusfrei sein, kommen aber Pazillen hinein, dann kommt die ungeheure Gefahr. Wir haben nicht nur in Deutschland, sondern auch in unserer nächsten Nachbarschaft Typhuserde. In Niederösterreich kommen in einer Reihe von Gegenden Typhusfälle vor. Dort kann man den Herd feststellen und ihn in kurzer Zeit unschädlich machen. Etwas ganz anderes ist es aber wenn ein solches Terrain vorliegt, wie es der Bruckhausen ist. Der gesamte Untergrund ist Wasserdurchlässig, er wirkt sozusagen wie ein Schwamm. Auf diesem Gebiete wird seit Jahren der Mist abgelagert, ich brauche nicht zu sagen, dass er vorher nicht sterilisiert wird! Er enthält auch so und so viele Tierkadaver. Die ungeheure Gefahr liegt also im Boden. Die Menschen trinken auch ein Wasser, das nicht bekömmlich ist. Wenn nun dort einige wenige Auslaufbrunnen sind, so geht sicher so eine Frau nicht die hundert Meter bis zur Wasserleitung, sondern benützt weiter ihren Brunnen den sie etwa im Hofe hat. Sie müssen sich nur daran erinnern, wie in diesem Hause namhafte Autoritäten sich dagegen ausgesprochen haben, neben einer Trinkwasserleitung auch eine Nutzwasserleitung zu haben. Die Leute hätten aus Bequemlichkeitsgründen das nähere Nutzwasser getrunken und wären krank geworden. Soll diese Siedlung bestehen bleiben, so muss sie ein einwandfreies Wasser haben. Eine genügende Zuleitung ist aber mit unendlichen Kosten verbunden. (Unruhe bei der Minorität.)

So einfach ist auch schliesslich nicht die Bekämpfung einer Epidemie. Die Bevölkerung hat keine Ahnung, was für eine ungeheure Arbeit es kostet, eine Epidemie systematisch zu bekämpfen. Ich erinnere an den Fall in Boskowitz in Mähren. Dort erkrankten im Sommer 70 Menschen an Typhus. Gleichzeitig befanden sich unter ihnen Sommerfrischler aus Wien. Diese flüchteten hierher. Die Tsche-

choslovakische Regierung hat in richtiger Erkenntnis dies sofort hieher berichtet und die Namen der Abgereisten bekanntgegeben. Dies waren mehr als 55 Menschen, die wir nunmehr jeden Tag gewissenhaft perlustrieren. So liegen die Verhältnisse, wenn man gleich an Ort und Stelle der Krankheit Herr wird.

Man hat in Zeitungen berichtet, dass die Gemeinde Wien dort unten Kostkinder hat. Man nannte die Zahl von etwa zweihundert. Demgegenüber kann ich feststellen, dass ich mich bei den Beamten der Kinderübernahmestelle erkundigt habe und erfuhr, dass auf dem Bruckhaufen nur ein einziges Kind in Kost ist. Wie die Verhältnisse in Bretteldorf stehen, ist nicht so leicht festzustellen. Ich rede ja hier immer nur vom Bruckhaufen. Nun gibt es aber in Bretteldorf keine Strassen, man kann also keine Erhebungen pflegen. Wenn dann wieder behauptet wird, dass in diesem Gebiet gutaussehende Kinder vorhanden sind, so erkläre ich demgegenüber, dass auch in Gieshübel prächtig aussehende Kinder zu finden sind. Unser einziges Kind ist aus rein fürsorglichen Gründen bei seiner Pflegemutter verblieben.

Das Auftreten von Typhusfällen ist eine immanente Gefahr für Wien. Wir haben bisher Glück gehabt, wir wissen aber nicht, ob wir dieses Glück weiter haben werden. Nun können wir aber dieses Gebiet, wenn es einmal gefährlich werden sollte, nicht vom Verkehre abziehen. Es liegt mitten in Wien. Es ist auch nicht dünn besiedelt. Je mehr Leute dort hin ziehen, um so grösser wird die Gefahr. Wie als Aerzte müssen dagegen auftreten, dass diese Siedlung vergrössert wird und in dieser Dichte weiter besteht. Und noch eines: Wien liegt inmitten eines Landes, wo an verschiedenen Stellen Typhusherde zu finden sind. Alle diese Gegenden aber sind in einem Wechselverkehre mit der Stadt Wien und hier liegt die Gefahr.

Man sage also nicht, dass das Gutachten des Stadtphysikates oberflächlich sei. Es beruht auf genauen Erwägungen und auf jahrelanger Erfahrung.

Wenn wir gegen Bruckhaufen und Bretteldorf Stellung nehmen, so müssen wir es vom sanitären Standpunkte aus (lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

G.R. Körber (Chr. soz.) bemängelt das Vorgehen der Gemeinde gegenüber dem Pächtern. Dagegen ist das Stift Klosterneuburg sehr freizügig. Das Wasser müsste genau untersucht werden. Was unbedingt verlangt werden muss, ist aber, dass dort nicht mehr der Wiener Kehricht abgeladen wird, weil dies die grösste Seuchengefahr bedeutet. Die Gemeinde Wien müsste die Mistablagerungsstätte ausserhalb des Stadtgebietes verlegen, was bei den technischen Möglichkeiten heute ohneweiters geht.

St. R. Kunschak: Wenn es richtig ist, dass die Verhältnisse auf dem Bruckhaufen andere sind, als im Bretteldorf, dann nimmt es uns sehr Wunder, dass beide von der Gemeinde gleich behandelt werden. Was die Wasserversorgung anlangt, so sind die Brunnen dort zehn bis dreizehn einhalb Meter tief und befinden sich sieben Meter unter dem Niveau des aufgeschütteten Grundes. Es ist also dafür gesorgt, dass das Wasser nicht aus der Ober-schichte, sondern aus dem Schottergrund kommt. Die Wasserversorgung ist aber eine Aufgabe der Gemeinde und man könnte auch Wasser zuführen. Richtig ist, dass dort magistratische Kostkinder in grosser Zahl sind, was jederzeit nachgewiesen werden kann. Es ist eine Inkonzsequenz des städtischen Gesundheitsamtes, wenn es dieses Gebiet als Seuchengefährdet erklärt und magistratische Kostkinder dorthin gibt.

St. R. Weber: Da doch der Gemeinde niemand zumuten wird, dass sie gegen die Bewerber von Krediten für Einfamilienhäuser derart vorgehen wird, wie dies hier von der Gegenseite fälschlich dargestellt wurde, kann dem Rückverweisantrag nicht zugestimmt werden. Wir haben in Wien 61 Siedlungsgebiete und es ist ohneweiters möglich, dass einmal irgendetwas vorkommen kann. Auf dem Wolfersberg wurde von der Gemeinde niemals ein Baurecht zugesichert. Erst im Zuge der Verhandlungen wird dem Gemeinderat ein solcher Vorschlag unterbreitet werden. Was hier vom Kollegen Kunschak über Bretteldorf und Bruckhaufen gesagt wurde, kommt um zehn Jahre zu spät. Dort haben sich bereits im Jahre 1905 Menschen angesiedelt. Schon damals musste die christlichsoziale Stadtverwaltung feststellen, dass die Bauten sanitär unzulänglich und nicht zu dulden sind. Im Jahre 1909 hat das Stift Klosterneuburg den Magistrat aufgefordert, mit Androhung aller behördlichen Machtmittel diese Siedlung zu verbieten. Es ist aber nichts geschehen. Am 22. November 1909 hat eine Kommission der Gemeinde den Beschluss gefasst, dass allen dort ansässigen Menschen der Auftrag zur Abtragung ihrer Häuser zu erteilen ist und es wurde eine Frist bis 1. April 1910 bestimmt. In dem Protokoll heisst es, dass gegen alle Eigentümer wegen Uebertretung der Bauordnung die Straf-antshandlung einzuleiten sei. Gleichzeitig wurde der Antrag gestellt, dass die Gemeinde mit dem Stift Klosterneuburg wegen Pachtung der Gründe für die städtische Reservegärtnerei Fühlung nehmen soll. Wieder ist nichts geschehen. Wiederholt wurde dann, immer natürlich vor dem Kriege, wo es noch keine Wohnungsnot gab, offiziell festgestellt, dass dort geradezu haarsträubende Zustände bestehen. Kommissionen haben festgestellt, dass in einer solchen Hütte zehn bis zwölf Personen wohnen. Im November 1910 hat das Stadtphysikat festgestellt, dass dort drei Typhusfälle sind. Damals bestanden bereits vierzig erdgeschossige Häuschen ohne behördliche Genehmigung und natürlich auch ohne Kanalisierung und Trinkwasserversorgung. Auch damals wurde wieder der Antrag gestellt, dieses Gebiet zu räumen. Wiederholt wurde vom Gesundheitsamt auf die zahlreichen Typhusfälle und die drohende Cholera-gefahr hingewiesen und die schleunigste Räumung gefordert. Aber nichts ist geschehen. Damals wäre es noch leicht gewesen, diese Leute

unterzubringen. Es ist dies nicht geschehen und die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung hat im Jahre 1919 nicht nur am Bruckhaufen, sondern überall schauerhafte Zustände angetroffen. Wenn Herr Kollege Kunschak heute von den schmucken Anlagen dort gesprochen hat, so weiss ich, dass diese Meinung nicht von allen seinen Parteigenossen geteilt wird. Uebrigens hat die Reichspost selbst am 23. September 1923 festgestellt, dass am Bruckhaufen die Menschen in kümmerlichen Löchern, kaum menschenwürdig hausen. Heute aber stellen sie diese Anlage als fast mustergiltig hin.

Die neue Gemeindeverwaltung hat sich dann nach Kräften bemüht in dieses Chaos Ordnung hineinzubringen. Sie hat einen Steg gebaut, sie hat Wasser zugeleitet, eine Feuerwache mit Gerätschaften errichtet, die auch bei Hochwassergefahr verwendet werden können, aber immer wieder wurde trotz aller dieser Vorkehrungen den Leuten dort gesagt, dass dieser Grund zum Bauen gänzlich ungeeignet ist und bestenfalls nur für Kleingartenzwecke benutzt werden kann. Alle diese dringlichen Vorstellungen waren leider vergeblich, es wurde weiter gebaut bis endlich am 16. Mai 1925 eine grosse Kommission den Bruckhaufen besichtigt und die von Stadtrat Tandler erwähnten Feststellungen gemacht hat. Es haben aber auch unsere Techniker zu dem Problem ernstlich Stellung genommen. Nach ihren Gutachten ergeben sich fast unüberwindliche technische Schwierigkeiten und finanzielle kaum zu lösende Aufgaben. Es müssten die Strassen, da es sich um schwammigen Grund handelt, betoniert werden, die Wasserleitung würde allein 22 Milliarden kosten, so dass auf jedes Häuschen rund vierzig Millionen entfielen. Man kam daher zu dem Ausweg, die Zahl der elf Auslaufbrunnen zu vermehren, soweit die gegenwärtige Leitung es zulässt. Weiter hat man den Bestand von sämtlichen Häusern aufzunehmen beschlossen. Als diese Kommission mit ihren Arbeiten begann, da setzte eine geradezu unerhörte politische Hetze ein, eine bewusst verlogene, die Tatsachen verfrähernde oder bewusst verschweigende Hetze, wie sie noch nie auf einem Gebiet der Politik dagewesen ist. Man kann über die Politik der Ratshausmehrheit welcher Meinung immer sein, aber das eine steht doch fest, Verantwortungsgefühl muss jeder Mensch haben, der in dieser Stadt wohnt und vor allem die gewählten Funktionäre. Aber gerade Sie haben in beispielloser Weise ^{sich} / in der politischen Verhetzung betätigt, sie haben die dortigen Leute zum bewaffneten Widerstand aufgestachelt, ja sogar behauptet, dass man infizierte Räten einschuggeln werde, (Rufe bei der Mehrheit: Der Leichenschänder!) um darauf hinzuweisen, dass die ^{sanitären} Bedenken bestehen. So ist es zu begreifen, dass die Leute dort erregt sind. Hat doch sogar Gemeinderat Körber den Leuten erzählt, dass die ganze Siedlung rasiert werde, obwohl seit Jahren ein Lageplan bestehe und die Parzellierung bereits beschlossen worden sei. (G.R. ^{Körber:} Das habe ich nicht gesagt!). Das ist aber in den Berichten über ihre Versammlungen enthalten. Schliesslich muss aber doch einmal das wilde Baen aufhören. Wir haben nicht nur für jetzt die Verantwortung, sondern auch für die kommende Generation und für die Entwicklung des künftigen Stadtbildes. Versäumnisse von jetzt würden sich später schwer und bitter rächen. (Lebhafter Beifall!)

St.R. Kunachak berichtet tatsächlich, dass die seinerzeit schlechten sanitären Zustände am Bruckhaufen durch den Fleiss der Siedler gebessert wurden. Dort sind jetzt nicht mehr dürftige Hütten, sondern Häuschen aus sehr solidem Material. Von einer politischen Verhetzung könne nicht die Rede sein.

G.R. Körber berichtet tatsächlich, dass er niemals gesagt habe, dass diese Gründe parzelliert worden sind.

St.R. Weber erklärt unter grossem Lärm, dass diese Gegend niemals parzelliert worden ist, worauf die Vorlage angenommen wird.

Um 11 Uhr nachts schliesst Bürgermeister Seitz die Sitzung.

o o o o o o o o o o o o

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Samstag, den 19. September 1925

.....
Jubilare der Ehe. In Vertretung des Bürgermeisters überreichte amtsführender Stadtrat Speiser den Ehepaaren Eduard und Antonie Kompass, Ramperstorfferstrasse 51, Franz und Theresia Schweinschwaller, städtisches Versorgungsheim in Baumgarten und Anton und Alosia Wolfrumb, Rüdäggasse 5, anlässlich ihrer goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Stadt Wien.

.....
Änderung der Strassenbahnlinie V. Wegen dringender Arbeiten an der Brücke der Nordbahn über die Innstrasse nächst der Dresdnerstrasse wird am Montag die Linie V nicht über die Innstrasse geleitet, sondern über die Dresdnerstrasse und Stromstrasse bis zur Wexstrasse weitergeführt.

.....
Eröffnung eines städtischen Wohnhausbaues. Seit einigen Wochen ist bereits der grosse städtische Wohnhausbau in Fünfhaus, Camillo Sittegasse-Alliogasse, Walküren- und Hagengasse, besiedelt. Am Sonntag um 11 Uhr vormittags wird Bürgermeister Seitz die neue Wohnhausanlage eröffnen.

.....
Keine Sitzung des Wiener Gemeinderates. In der kommenden Woche sind keine Sitzungen des Wiener Stadtsenates und Gemeinderates.

.....
Spenden für die städtischen Sammlungen. Der Buchdrucker-Gesangverein München hat anlässlich seines Empfanges im Wiener Rathaus das Werk „Meisterwerke der Buchmalerei“ den städtischen Sammlungen gespendet. Ferner haben die Wasserkraftwerke-Aktiengesellschaft ein Gipsrelief „Einlaufbauwerk des Ybbskraftwerkes Opponitz“ und ein Oelgemälde „Das Wasserschloss und Krafthaus des Opponitzer Werkes“ und Frau Ernestine Figdor acht Bilder (Aquarelle und Oelgemälde) von Wiener Malern, gespendet. Bürgermeister Seitz hat den Spendern am Freitag im Gemeinderat den Dank ausgesprochen.

Eröffnung eines städtischen Wohnhausbaues durch den Bürgermeister.

Am Sonntag vormittag wurde der kürzlich besiedelte grosse städtische Wohnhausbau in Fünfhaus, Camillo Süttegasse-Alliogasse, feierlich eröffnet. Die Feier war im grossen Gartenhof, den ein prächtiger Brunnen schmückt, und der von den Mietern und vielen geladenen Gästen gefüllt wurde. Mit dem Bürgermeister waren Vizebürgermeister Emmerling, die amtsführenden Stadträte Breitner, Weber, Richter und der Präsident des Stadtschulrates Abgeordneter Glückel erschienen. Die Abgeordneten Anna Boschek, Forsiner und Sever, viele Bezirksvorsteher und Mitglieder der Bezirksvertretung Fünfhaus, sowie die leitenden Beamten des Magistrates und der Stadtbaudirektion nahmen gleichfalls an der Eröffnungsfeier teil.

Die Feier wurde mit dem Chor „Esop zum Licht“, vorgelesen vom Gesangsverein der Transportarbeiter eingeleitet, worauf in Vertretung des erkrankten Stadtrates Siegel, Stadtbaudirektor Ingenieur Musil den Bürgermeister und die Festgäste begrüßte. Der Baudirektor wies dabei auf die Grösse des städtischen Wohnhausbauprogrammes hin: gegenwärtig sind ungefähr 15.000 Wohnungen im Bau! Immer grösser wird das Interesse der Fachkreise im Ausland. Jeder Tag bringt Besucher aus den fernsten Ländern, die sich von der Durchführung des Wohnhausbauprogramms der Wiener Stadtverwaltung überzeugen wollen. Jeder dieser Besucher betrachtet diese Arbeit von seinem Standpunkt, aber alle sind sich über die Grosszügigkeit einig, mit der die Gemeinde die Wohnungsnot bekämpft. Diese Wohnhausanlage, für die Architekt Michael die Pläne verfasst hat, zählt 142 Wohnungen, 13 Geschäftslokale und einige Werkstätten. Stadtbaudirektor Musil hebt noch die innige Zusammenarbeit aller geistigen und manuellen Kräfte bei der Ausführung hervor und bittet den Bürgermeister die neue Wohnhausanlage zu eröffnen und sich durch einen Rundgang von der Zweckmässigkeit ihrer Einrichtungen zu überzeugen.

In Vertretung des erkrankten Bezirksvorstehers Grassinger begrüsst Bezirksrat Koch den Bürgermeister und dankt für die schöne Anlage, die ein Zeugnis ist für die Art, wie die Gemeinde der Wohnungsnot entgegenwirkt. Er stellt dann dem Bürgermeister den jüngsten Bewohner der Anlage, ein drei Wochen altes Kindlein, das von der Mutter in einem mit Blumen geschmückten kleinen Wagen geführt wird, vor.

Bürgermeister Seitz, stürmisch begrüsst, sagt, dass dieser jüngste Bürger ein Symbol dessen ist, was wir anstreben. Er ist der Inbegriff unserer Zukunft, ein Symbol der grossen Aufgaben, die uns gestellt sind. Die Aufgaben einer so grossen Stadtverwaltung sind ungeheuer mannigfaltig. Aber im Vordergrund all dieser Aufgaben steht die Bevölkerungspolitik. Unser Volk wieder aufzubauen, es stark zu machen, vor allem aber die Gesundheit unserer Kinder zu sichern, gehört zu unseren wichtigsten Aufgaben. Wir haben daher die Pflicht den Menschen der geistigen und manuellen Arbeit ein Heim zu geben, in dem er neue Kräfte schöpfen kann, aber auch den Frieden und die Behaglichkeit findet, die ihm das Leben erträglich machen soll. Wir haben die Aufgabe unsere Greise vor dem Elend zu schützen und ihnen die längst fällige Alters- und Invaliditätsversicherung zu sichern. (Starker Beifall). Die Sorge für das Kind, die Sorge für unsere Greise ist die erste Aufgabe der Gemeinde. Daher haben wir in Wien alles was leistungsfähig ist, mit aller Strenge zur Zahlung herangezogen. Die fünfundzwanzigtausend Wohnungen werden in der zugesicherten Frist errichtet werden. Das Volk von Wien, leidend unter den furchtbaren Folgen des Krieges und der Wohnungsnot, sieht, dass wir diese Not erkennen und unsere Pflicht erfüllen. Wir übergeben diesen neuen Wohnhausbau feierlich seinen Bewohnern mit der Bitte, ihn rein und schön zu erhalten. Schliesslich dankt der Bürgermeister allen, die an dem Werk mitgewirkt haben und erklärt den Wohnhausbau für eröffnet. (Stürmischer Beifall)

Nun trug ein Schulmädchen ein Gedicht vor, worauf Musik- und Gesangsvorträge folgten. Zum Schluss besichtigten die Gäste die schöne Anlage.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Montag, den 21. September 1925. Zweite Ausgabe

.....
Warschauer Stadtfunktionäre in Wien. Heute nachmittags kommen zum Studium der Wiener Stadtverwaltung der Präsident des Warschauer Stadtrates Sensteur Ignaz Balinski, und Stadtpräsident Ingenieur Ladislaus Jablonski nach Wien. Die beiden Funktionäre werden am Dienstag vom Bürgermeister Seitz empfangen.
.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Dienstag, den 22. September 1925

Kein Parteienverkehr im Wohlfahrtsamt. Infolge dienstlicher Verhinderung entfällt am Donnerstag der Parteienverkehr in der Kanzlei des amtsführenden Stadtrates Professor Tandler.

Oesterreichische Bundesbürgerschaft der Bundespensionisten. Die Pensionsparteien des Bundes haben sich darüber beschwert, dass sie sich die Bestätigungen über Heimatrecht und Bundesbürgerschaft bei der Magistratsabteilung 50 im Neuen Rathaus holen müssen und dass sie diese Bestätigung nicht bei den magistratischen Bezirksämtern erhalten und dass diese Bestätigung oft nur nach sehr langem Warten zu erlangen ist. Hierzu ist zu bemerken, dass diese Bestätigungen von der Finanzlandesdirektion und von der Bundesbahndirektion Wien-Nord-Ost deshalb verlangt wurden, weil nach der bekannten Verwaltungsgerichtshofentscheidung eine grosse Zahl von Pensionsparteien ihre ehemalige Staatsbürgerschaft durch die Minoritätenverträge der Nachfolgestaaten verloren haben. Es war also zu erwarten, dass diese Anfrage nach Inkrafttreten der Bestimmung des Paragraph 24 des neuen Staatsbürgerschafts ^{gesetzes} eingestellt würde, durch den bekanntlich alle diese Personen wieder österreichische Staatsbürger geworden sind. Diese Erwartung hat sich aber nicht erfüllt, vielmehr hat sich der Parteienandrang beim Wiener Magistrat seither noch wesentlich gesteigert. Die Bestätigung durch die Bezirksämter ist deshalb unmöglich, weil ihnen die notwendigen Evidenzbehelfe (Gemeindematrik) nicht zur Verfügung stehen. Sie müssten vielmehr in der Zentrale anfragen, was nur eine Verzögerung der Erledigung bedeuten würde.

Bürgermeister Seitz hat daher an den Finanzminister und an den Bundesbahnpräsidenten das dringende Ersuchen gerichtet, die Unterbehörden anzuweisen, diese Anfragen in allen Fällen zu unterlassen, in denen nur die Minoritätenverträge der Grund des Zweifels an der Staatsbürgerschaft sind und die Aussendung der Fragebogen in kleineren Partien als bisher vorzunehmen. Auch wurde die Anregung gegeben, die Feststellung der Staatsbürgerschaft im Wege des Amtes durch Uebersendung von Verzeichnissen an den Magistrat vorzunehmen, um den Pensionsparteien, die ja in der Regel alte Leute sind, denen der Weg in das Rathaus schwer fällt, das Vorsprechen beim Magistrat überhaupt zu ersparen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Mittwoch, den 23. September 1925

Die Schülerzahl an den Wiener Schulen. Soweit eine Uebersicht über die Schülereinschreibungen bereits möglich ist, ergibt sich, dass in die erste Volksschulklasse weitaus mehr Kinder aufgenommen werden sind, als vorausgesetzt wurde. Es sind heuer um 5020 Kinder mehr in die erste Volksschulklasse eingetreten, als im vergangenen Schuljahr. So erfreulich diese Zunahme ist, darf doch nicht übersehen werden, dass der Schülerabgang in den oberen Klassen noch wesentlich größer ist, als die Zunahme. Am meisten trifft dies in den äusseren Bezirken zu. So mussten in Ottakring 36 Klassen, in Favoriten 18 Klassen, in Meidling 16 Klassen, in allen Bezirken zusammengenommen 150 Klassen wegen Schülermangel geschlossen werden. Interessant ist die Schülerbewegung in der Inneren Stadt; in diesem Bezirk hat die Schülerzahl um vierzig Prozent zugenommen, so dass neue Klassen eröffnet werden mussten. Es dürfte dies darauf zurückzuführen sein, dass viele Eltern ihre Kinder statt in Privatschulen nunmehr in die öffentlichen Schulen senden, da diese in Bezug auf hygienische Einrichtungen, Lehr- und Lernmittel den Privatschulen weit überlegen sein müssen. Die Durchschnittsschülerzahl wird auch im heurigen Jahre 29 betragen, so dass die schulreformatorischen Bestrebungen durch die geringe Schülerzahl eine starke Unterstützung erfahren werden.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Donnerstag, den 24. September 1925

.....
Ehrung eines Wiener Feuerwehrhauptmannes. Dem Hauptmann der Freiwilligen Feuerwehr Ottakring, Karl Kantner wurde vom Bundespräsidenten Dr. Hainisch das goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik verliehen. Vizebürgermeister Emmerling hat heute vormittags dem langjährigen Feuerwehrfunktionär, der auch im Verband der Freiwilligen Feuerwehren hervorragend tätig ist, dieses Ehrenzeichen überreicht.

.....
Strassenbahnverkehr am Sonntag zur Hohen Warte. Anlässlich des Fussball-Länderspiels Spanien-Oesterreich am Sonntag auf der Hohen Warte wird auf den betreffenden Strassenbahnlinien und auch auf der Stadtbahn schon von zwölf Uhr mittags an, ein verstärkter Verkehr eingerichtet werden. Wegen des zu erwartenden grossen Besuches wird empfohlen, die Fahrt zur Hohen Warte schon möglichst frühzeitig anzutreten, damit die Beförderung klaglos abgewickelt werden kann. Es ist auch zweckmässig, die Fahrtscheine für die Rückfahrt auf der Stadtbahn gleich beim Antritt der Hinfahrt zu besorgen, weil nur so ein längeres Warten an den Stadtbahnkassen erspart wird.

.....
Das städtische Marktamt und die Preise für Sauerkraut. Die Marktamtsdirektion hat in den letzten Tagen die Preise für Sauerkraut überprüft und dabei die von den Händlern geforderten Preise bis zu vierzig Groschen als zu hoch befunden. Es wurde gefordert, dass der Preis für ein Kilogramm auf 32 Groschen herabgesetzt wird. Heute wurde nun festgestellt, dass fast alle Händler dieser Forderung der Marktamtsdirektion nachgekommen sind.

.....

Wien, am Freitag, den 25. September 1925.

Burgschauspieler Reimers Bürger der Stadt Wien. Anlässlich der Feier des vierzigjährigen Schauspielerjubiläums Georg Reimers teilte Bürgermeister Seitz dem Künstler mit, dass sich die zuständigen Stellen mit der Verleihung des Bürgerrechtes an den Jubilar befassen werden. Der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten hat in seiner Sitzung vom Mittwoch auf Antrag des Stadtrates Richter einstimmig beschlossen, dem um das Wiener Theater so hoch verdienten Künstler das Bürgerrecht zu verleihen.

Starke Zunahme der Wiener Hausreparaturen.

117'4 Milliarden Kronen Instandhaltungskredite.

Die Gemeinde Wien hat bereits im vergangenen Jahr eine Aktion durchgeführt, an der auch die Arbeiterkammer und die sozialen Versicherungsinstitute finanziell beteiligt sind und durch die Kredite für die Instandsetzung von Wohnhäusern gewährt werden. Die Durchführung der Kreditgewährung wurde der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien übertragen. Die Aktion hat einen grossen Umfang angenommen und insbesondere in diesem Jahre hat die Zahl der Kreditansuchen stark zugenommen. Während im Jahre 1924 von 1508 eingelangten Kreditgesuchen für die Instandsetzung von Wohnhäusern eine Summe von 59'8 Milliarden von der Zentralsparkasse kreditiert worden ist, sind im Jahre 1925 bereits 2250 Gesuche eingelangt, von denen bis nun 2072 Gesuche mit einer Kreditsumme von 117'4 Milliarden Kronen bewilligt worden sind.

Die Direktion des Wiener Stadtbauamtes hat kürzlich Erhebungen über den Zustand der Fassaden der Wohnhäuser in allen Wiener Bezirken vorgenommen, die ergeben haben, dass in Wien 6'3 Prozent aller Häuser eine schadhafte Schaufläche haben. Besonders am Alsergrund ist die Zahl der beschädigten Häuser sehr gross, da dort ganze Stadtviertel, wie der Thury, das Lichtental und der westliche Teil der Nussdorferstrasse, arg vernachlässigt sind. Ähnliche Verhältnisse wurden auch für Margareten und Rudolfsheim festgestellt. Am besten sind die Häuser in Hietzing und Döbling erhalten weil dort eine grosse Zahl von villenartigen Bauten ist und in diesen beiden Bezirken viele Zinshäuser erst nach dem Jahre 1900 entstanden sind, sodass sie verhältnissmässig gut erhaltene Schauflächen besitzen. Interessant ist, dass auch jetzt noch, obwohl die Baugesaison bereits zu Ende geht, eine ganz ausserordentliche Renovierungstätigkeit entfaltet wird. So sind in den letzten vier Wochen bei der Wiener Baubehörde nicht weniger als 386 Hausrenovierungsanzeigen eingelangt.

Bemerkt werden muss, dass die Aktion der Gemeinde Wien zur Gewährung von billigen Instandsetzungskrediten fortgesetzt wird.

Internationaler Städtekongress in Paris. Am Montag beginnt im Pariser Rathaus der III. Internationale Städtekongress, der von der Brüssler Internationalen Städtevereinigung veranstaltet wird. Der Kongress wird bis 2. Oktober tagen und sich hauptsächlich mit der Bodenpolitik der Gemeinden und ihren Beziehungen zur Wohnungsproblem beschäftigen. Ueber diesen Gegenstand wird Gemeinderat Drooglever Fortuyn (Haag) berichten. Ferner wird die Tagung über die Wirksamkeit der Internationalen Städtevereinigung und der Gemeindeorganisationen der einzelnen Länder, Berichte entgegen nehmen. Die Gemeinde Wien hat zu diesem Kongress die Vizebürgermeister Emmerling und Hoss, den amtsführenden Stadtrat Weber und den Präsidenten des Wiener Landtages, Abgeordneten Dr. Danneberg entsendet. Für den Deutschösterreichischen Städtebund wird Sekretär Honey an dem Kongress teilnehmen.

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, Freitag, den 25. September 1925. (Zweite Ausgabe)

Ein sächsischer Gesangsverein im Rathause. Heute nachmittags fand sich der Chorverein Riessa a.E. unter der Führung des Chorleiters Oberlehrers Iwan Schönebaum zur Begrüssung im Sitzungssaal des Stadt senates ein. Dieses sächsische Chorverein befindet sich auf einer Sängerreise nach Budapest. Erschienen waren etwa hundert Sänger und Sängerinnen. Nach dem Vortrag von Mendelssohns Chor „O wunderbares tiefes Schweigen“, begrüßte amtsführender Stadtrat Richter in Vertretung des Bürgermeisters die Erschienenen auf das herzlichste und betonte, dass die Sänger durch den volkstümlichen Gesang die Kunst in Kreise tragen, die sonst von jeglicher Kunst abgeschlossen sind. Aber auch über die Grenzen des Reiches trage die Sängerschaft ein Stück deutscher Kultur hinaus.

Für den Chorverein dankte der erste Vorsitzende Studienrat Paul Schumann. Der Empfang gelte in seiner vollen Herzlichkeit aber auch den Vertretern eines verwandten deutschen Stammes, nicht nur den Sängern deutscher Kunst.

Zum Schlusse trugen die Sänger Schumanns Chor „Nord oder Süd“ vor, worauf sie die Räumlichkeiten des Rathauses besichtigten.

Die Preiszuerkennung für den Einband des Städtewerkes der Gemeinden. Unter dem Vorsitze des Obmannes des Redaktionskomitees Vizebürgermeisters Georg Emmerling fand Donnerstag im Rathause eine Sitzung statt, in der die Entscheidung über das Preisausschreiben zur Erlangung eines geeigneten Entwurfes für ~~den~~ die Einbanddecke des Städtewerkes „Das neue Wien“ getroffen wurde. Dem Redaktionskomitee wurden für diese Beratung aus dem Lehrkörper der Graphischen Lehr- und Versuchsanstalt akademischer Maler Professor Wilhelm Wodnansky sowie ein Sachverständiger für Buchbinderei zugezogen. Nach eingehender Prüfung der 141 eingelangten Entwürfe wurde beschlossen, den Entwurf „Neuzeitlich“ (von Josef Demetz) mit dem Preise von 500 Schilling auszuzeichnen. Die nachstehenden Entwürfe wurden mit der Auszeichnung der lobenden Erwähnung bedacht: „Hall“ (von Josef Demetz), „Augsburg“ (von Walter Gassner), „Windobona 38“ (von Josef Guttman), „Aufstieg“ (von Julius Jirasek jun.), „Heimat“ (von Paul Meissner) und „1925“ (von Josef Vytiska). Um der Wiener Oeffentlichkeit Gelegenheit zu geben, die gesamten eingelangten und zum Teil sehr beachtenswerten Einbandentwürfe für das grosse Werk der Stadt Wien kennen zu lernen, wird in den nächsten Tagen in den Räumen der städtischen Sammlungen eine eigene Sonderausstellung dieser Entwürfe veranstaltet werden.

Verbot einer Sammlung auf der Landstrasse. Mit Rücksicht auf die in manchen Abendblättern enthaltenen Nachrichten teilt der Magistrat mit, dass die Ortsgruppe III des Reichsbundes der Kriegsoffer Oesterreichs heute beim Magistrat um die Bewilligung angesucht hat, im III. Bezirk eine Sammlung für eine Weihnachtsaktion zu veranstalten, bei der eine Kapelle des Bundesheeres hätte konzertieren sollen. Der Magistrat musste das Ansuchen ablehnen, weil es selbstverständlich unmöglich ist, derartige Strassensammlungen einzelner Ortsgruppen von Vereinen zu gestatten. Es muss vielmehr daran festgehalten werden, nur einige wenige Strassensammlungen für die hervorragendsten humanitären Zwecke zu bewilligen.

Wien, Samstag, den 26. September 1925.

Ablenkung des Bahnhofrundverkehrs der Strassenbahnen. Wegen Arbeiten an der Oberleitung wird in der Nacht vom 28. zum 29. September und vom 30. zum 31. September der Bahnhofrundverkehr der Strassenbahnen zwischen dem Neubaugürtel und dem Matzleinsdorferplatz über die Wallgasse, Gumpendorferstrasse, Brückengasse, Schönbrunnerstrasse, Reinprechtsdorferstrasse in beiden Fahrtrichtungen abgelenkt.

Sitzungen im Rathaus. In der kommenden Woche findet Dienstag, den 29., eine Sitzung des Stadtsenates um 10 Uhr vormittags, und am Freitag, den 2., um 5 Uhr nachmittags eine Sitzung des Gemeinderates statt.

Spanische und polnische Fussballmannschaften im Rathaus. Heute vormittags wurde die spanische Nationalmannschaft und die Städtemannschaft Krakau vom amtsführenden Stadtrat Richter in Vertretung des Bürgermeisters im Gemeinderatssitzungssaale begrüsst. Nach einer Ansprache des Stadtrates Richter, in der dieser betonte, wie der Sport die Nationen nach dem Kriege wieder näher brachte, ergriff Bezirksvorsteher Eduard Pantucek (Simmering) als Vorsitzender des österreichischen Fussballverbandes das Wort und dankte der Gemeinde Wien für den überaus herzlichen Empfang der ausländischen Gäste. In friedlichen Kampfspielen messen heute die Nationen ihre Kräfte. Es ist zum erstenmal, dass spanische Mannschaften in den Mauern unserer Stadt auf dem Kampfplatze erscheinen. Für den Krakauer Fussballverband dankte Dr. Edward Cetnarowski, der Präsident des Polnischen Fussballverbandes und wies darauf hin, dass die Wiener Fussballer im Anfangsstadium des polnischen Fussballsports richtunggebende Lehrer und Meister der neuen Kunst waren. Für die Spanier dankte der Präsident des katalonischen Landesverbandes Cabot und gab der besonderen Freude über die freundliche Aufnahme in Wien bereiten Ausdruck. Zum Schluss besichtigten die Fremden die Festräume des Rathauses.

Tuberkulosefürsorge in den Schulen. Die Massnahmen zur Bekämpfung der Tuberkulose werden am zweckmässigsten bei der Jugend einzusetzen haben und am besten im Alter der Schulpflicht, in dem die Jugend möglichst lückenlos erfasst werden kann. Es hat sich daher die Notwendigkeit ergeben, durch eine möglichst exakte Untersuchungsmethode festzustellen, ob die Kinder, wenn sie auch derzeit noch keine Zeichen einer Erkrankung aufweisen, doch etwa dazu neigen, ein Lungen-, Knochen- oder Brüsenerleiden zu erwerben. Unter diesen Untersuchungsmethoden ergibt derzeit die biologische Hautprobe die verlässlichsten Resultate. Sie wurde grundlegend von Pirquet erforscht und späterhin mehrfach modifiziert. Das am leichtesten durchführbare Verfahren ist jenes, bei dem ein kleines Stück Salbe auf eine Hautstelle vom Arzte, ohne die Haut selbst zu ritzen,

durch einige Minuten verrieben wird. Dieses Verfahren ist nicht im geringsten schmerzhaft. Nach einiger Zeit wird vom Arzte nachgesehen, ob eine Rötung oder Knötchenbildung aufgetreten ist.

Die Ergebnisse dieser Untersuchung bilden eine wichtige Ergänzung der klinischen Untersuchungsergebnisse, da auf diese Weise zunächst die Ausbreitung der tuberkulösen Infektion unter den Schulkindern festgestellt wird, weiterhin aber auch die allfällige Unterbringung der Kinder durch die Kinderübernahmestelle der Gemeinde Wien, das Jugendamt und andere damit befasste Organisationen eine unerlässliche und grundlegende Vorarbeit geleistet wird. In der letzten Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Wohlfahrtseinrichtungen, Jugendfürsorge und Gesundheitswesen wurde auf Antrag des amtsführenden Stadtrates Prof. Dr. Tandler beschlossen, diese Untersuchungen, die nur nach Befragen der Eltern und in deren Einverständnis angestellt werden sollen, mit Beginn des kommenden Schuljahres bei den in die erste Volksschulklasse eintretenden Kindern durch die Schulärzte vornehmen zu lassen.

Sprechstunden bei Stadtrat Siegel. Beim amtsführenden Stadtrat für technische Angelegenheiten Siegel werden die Sprechstunden wie bisher Donnerstag vormittags und Montag abends abgehalten. Die erste Sprechstunde nach der Genehmigung des Stadtrates findet also daher Donnerstag, den 1. Oktober 1925 statt.

-----c0o-----

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, Montag, den 28. September 1925.

.....
Frauengewerbeschule der Stadt Wien. An der Frauengewerbeschule der Stadt Wien, V., Margaretenstrasse 152, sowie an der Expositur dieser Schule, XVI., Azelegasse 29, beginnen anfangs Oktober 1925 folgende Nachmittags- und Abendkurse: Weissnähen, Kleidermachen, Schnittzeichnen und Modistenarbeiten. Einschreibungen, auch für die Expositur, in der Kanzlei der Frauengewerbeschule, V., Margaretenstrasse 152.

Jubilare der Ehe. Vergangenen Samstag überreichte amtsführender Stadtrat Speiser den Ehepaaren: Fabian und Josefa Grimme, IX., Währingergürtel 158, und Wenzel und Josefa Paulus, XX., Leystrasse 131, in Vertretung des Bürgermeisters die Ehrengabe der Stadt Wien zur goldenen Hochzeit.

Ein Schubertmanuskript von der Gemeinde angekauft. Den Städtischen Sammlungen wurde das Manuskript des Liedes „An Laura“ zum Kauf angeboten. Der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten hat in seiner letzten Sitzung auf Antrag des Gemeinderates Beisser beschlossen, die Handschrift anzukaufen und den dazu nötigen Betrag bewilligt. Durch diesen Ankauf erfährt die Handschriftensammlung der Stadtbibliothek eine sehr wertvolle Bereicherung.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantwortl. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, Dienstag, den 29. September 1925.

Ehrenpensionen der Gemeinde Wien. Der Finanzausschuss hat gestern im Sinne eines vom Gemeinderat Hless eratteten Referates die Erhöhung, beziehungsweise Neuverleihung von Ehrenpensionen beschlossen. Neue Ehrenpensionen wurden dem geschätzten Maler Gustav Hessl und dem einst sehr beliebten Kapellmeister Karl Drescher verliehen. Beide sind hoch betagt und leben in wenig günstigen Verhältnissen. Ausserordentliche Pensionen wurden den Hinterbliebenen von Männern zuerkannt, die durch ihr Wirken das Ansehen Wiens gehoben haben. So der Tochter des verstorbenen Architekten Professors Carl Freiherrn von Hasenauer, des Erbauers des Burgtheaters und anderer Monumentalgebäude; Stefanie Nestroy-Bene, Schwiegertochter von Johann Nestroy; Regine Richter, Schwester des verstorbenen Dr. Julius Ofner; Marie Wader-Anzengruber, Tochter des Dichters Ludwig Anzengruber; Franziska Josephi, die Witwe des verstorbenen Operettensängers Josef Josephi; Luise Alt, Tochter des Malers Rudolf Alt; Berta Hawel, Tochter des Dichters Rudolf Hawel und an Marie Rosenowsky, deren verstorbener Mann als Armendirektor der früher selbstständigen Gemeinde Bernal verdienstvoll gewirkt hat. Von den Erhöhungen des bestehenden ausserordentlichen Pensionen sei die für die Witwe des erschossenen Arbeiters Birnecker erwähnt, deren Jahresrente nunmehr mit 600 Schilling festgesetzt worden ist. Erhöhungen von bereits geltenden Ehrenpensionen wurden für den greisen Bildhauer Emanuel Pendl, den Tondichter Josef Reiter, die Schriftsteller Philipp Langmann und Franz Eichert und die Schriftstellerin Heimel-Purachke beschlossen. Alle Zuerkennungen erfolgen mit rückwirkender Kraft vom 1. Juli dieses Jahres.

Subventionen der Gemeinde Wien. Der Finanzausschuss hat über Antrag des Gemeinderates Thaller beschlossen, der zöologisch-botanischen Gesellschaft eine Subvention von 1000 Schilling und dem Oesterreichischen Bildspielbund für die in der Zeit vom 9. bis 17. Oktober stattfindende Bildwoche in Wien gleichfalls 1000 Schilling zu bewilligen. Referaten des Gemeinderates Hless entsprechend wurden der Zentralstelle für Kinderschutz und Jugendfürsorge, an deren Spitze der Polizeipräsident Scheber steht, eine Subvention von 1000 Schilling, der Freiwilligen Feuerwehr Grinzing als Beitrag für die Anschaffung einer Automobilspritze eine neuerliche Subvention von 2500 Schilling und dem Wiener Gewerbege nossenschaftsverband eine solche von 1000 Schilling bewilligt.

Eine Johann-Strauss-Plakette der Gemeinde Wien. Einem Ersuchen des Johann-Strauss-Komitees Rechnung tragend, hat der Finanzausschuss über Antrag des Gemeinderates Thaller beschlossen, tausend Schilling zur Ausprägung einer Johann-Strauss-Plakette in Bronze zu widmen. Der Entwurf ist die ausgezeichnete Arbeit des Bildhauers Josef Tautenhayn und zeigt auf der einen Seite das lebensvolle Porträt von Meister Strauss, auf der anderen Seite den Leopoldsberg und den Kahlenberg, das Kahlenbergerdorf und die dahinströmende Donau, als glücklichen Hinweis auf den weltberühmten Donauwalzer.

Die Gemeinde für die Abstinenzbewegung. Dem Arbeiter-Abstinentenbund in Oesterreich, der sich seit Jahren den Kampf gegen den Alkohol in den Kreisen der Arbeiterschaft zur Ziele setzt, wurde für das heurige Jahr auf Antrag des Gemeinderates Hless vom Finanzausschuss eine Subvention von 15.000 Schilling zuerkannt. Der Referant hob hervor, dass der Abstinentenbund durch die Massenverbreitung von aufklärenden Broschüren, durch die Veranstaltung von Ausstellungen, die sehr wirksam die verheerenden Folgen des Alkoholgenusses veranschaulichen, durch zahllose Vorträge und schliesslich durch die Führung von alkoholfreien Wirtschaften sich seit Jahren unermüdet betätigt und auch sehr grosse Erfolge aufzuweisen hat. Die tüchtige Arbeit des Vereines abstinenten Frauen in Wien, der eine alkoholfreie Gastwirtschaft im Volksheim am Koflerpark betreibt, wurde durch eine Subvention von 3000 Schilling gewürdigt.

Keine Sitzung des Gemeinderates. Die für Freitag anberaumte Sitzung des Gemeinderates findet nicht statt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, Mittwoch, den 30. September 1925.

.....
Der Verwaltungsgerichtshof über eine Beschwerde in einer Parificationsangelegenheit der Wohnbausteuer.

Der Magistrat hat in den letzten zwei Jahren die Gesamtheit aller in Eigenbenützung stehender Wiener Objekte, sowohl Villen, Palais, Wohnhäuser, Bankgebäude und so weiter, der Parificierung unterzogen. Bis auf ganz vereinzelte Ausnahmen wurden gütliche Vereinbarungen getroffen. Insbesondere ist die Parification der Industrieanlagen, die durch das Fehlen von Vergleichsobjekten eine sehr schwierige Aufgabe darstellt, durch eine mit dem Industriellenbund getroffene Abmachung einvernehmlich geregelt worden. Die Zahl der Rekurse ist ganz geringfügig. Ueber eine von der Società Italiana di Credito Commerciale eingebrachte Beschwerde hatte der Verwaltungsgerichtshof dieser Tage zu entscheiden. Die Gemeinde war durch den Obermagistratsrat Dr. Franz Urban vertreten. Das Magistrat stützte seine Bemessung darauf, dass das Verfahren an Ort und Stelle, bei Wahrung des Grundsatzes des Parteiengleiches ordnungsgemäss und unter Heranziehung von ähnlichen vermieteten Objekten durchgeführt worden sei. Die Beschwerdeführerin verlangte im Gegensatz hiezu, dass das früher einmal für Wohnzwecke in Verwendung gestandene und später in Geschäftsräume umgewandelte Haus nach dem Mietwerte des Jahres 1924- als es also noch Wohngebäude war - behandelt werde. Das von der Bank beigebrachte sachverständige Gutachten zieht dabei insbesondere die Verzinsung und Amortisation des Bankkapitales als Bemessungsfaktor heran. Der Verwaltungsgerichtshof hat indes die angefochtene Entscheidung vollinhaltlich bestätigt und ausdrücklich festgelegt, dass bei der Parification die Bauaufwendung nicht zu berücksichtigen sei. Lediglich der Vergleich mit vermieteten Objekten ähnlicher Lage, Beschaffenheit und Verwendung, wie dies vom Magistrat dem Gesetze gemäss geschehen ist, wird als massgebend bezeichnet.
